

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement.

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Ztg.-Kat. No. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1,25.

Redaktion:

Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastraße 8.
Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Anklamerstr. 27, I.
Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkeuditz.
Redaktionsschluss: Sonnabend.

Insertion.

Für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. Beilagen nach Uebereinkunft.

Bekanntmachungen.

Lohnbewegungen.

Frankfurt a. O. In der Firma Vogel & Neuber wurde die Arbeitszeit täglich um eine halbe Stunde verkürzt, so daß nunmehr für Lithographen die 8 stündige und für Steindrucker die 9 stündige Arbeitszeit eingeführt ist. Sonnabends ist noch eine halbe Stunde früher Arbeitsschluss. 15 Koll. kommen dabei in Betracht.

Nordhausen a. H. Bei der Firma K. Koch wurde durch Verhandlungen die Arbeitszeit für Steindrucker um eine halbe Stunde verkürzt. Die beabsichtigte Einführung von Kontrollmarken und Kautionsleistung sowie sonstige Verschlechterungen wurden abgewehrt. Erreicht wurde dies für 6 Kollegen.

Ulm a. D. In der Firma D. Walcher wurde ein Tarif abgeschlossen, der bis 1. September 1912 gültig ist. Die hauptsächlichsten Bestimmungen sind: 8stündige Arbeitszeit für Lithographen (früher 8½ Stunden), die 9 stündige für Steindrucker, Feiertagsbezahlung sowie Ueberstundenzuschlag (25 und 50 Proz.). Auf je 1 bis 4 Gehilfen (Lithographen und Steindrucker) darf nur ein Lehrling gehalten werden. Der Mindestlohn für nach 4 jähriger Lehrzeit Ausgelernte beträgt im ersten Gehilfenjahr Mk. 20,—. Auf Grund der Bestimmungen der §§ 616 und 629 des B.-G.-B. werden bis 3 Stunden versäumte Arbeitszeit entschädigt.

Ferienbewilligungen.

Ulm a. D. Die Firma D. Walcher bewilligte für das gesamte Personal (Lithographen, Steindrucker und Hilfsarbeiter) Ferien und zwar: nach 3 jähriger Tätigkeit 2, nach 5 jähriger 3 und nach 10 jähriger 4 Tage.

Gesperrt.

Stellungnahme in allen folgenden Firmen zieht den Verlust der Mitgliedschaft nach sich.

Für Lithographen, Steindrucker usw.:

Aachen. Firma William Prym, Stolberg (Rheinland).

Berlin. Der gegenwärtige Arbeitsnachweis bei S. Herrmann.

Angerer (für Kupferdrucker).

Braunschweig (für Formstecher und Tapetendrucker).

Coswig i. Sa. Coswiger Tapetenfabrik (für Formstecher).

Köln a. Rh. Witte & Co.

Kötzschenbroda bei Dresden. Robert Mittelbach, Kunstanstalt Cilibus (für alle Berufsgruppen).

Langenhagen b. Hannover. Norddeutsche Tapetenfabrik, Inh. Holscher & Breimer (für Tapetendrucker).

Lüneburg. Für Tapetendrucker gesperrt.

Metz. W. Leminger Nachf. Frankenberg.

Für Chemigraphen:

Chemnitz. A. Jülich; Köhler & Richter.

Dresden. Mittelbach; C. Schemmel; Stengel & Co.; Mejo & Markert.

Erfurt. Ohlenrot'sche Buchdruckerei.

Hamburg. Nelles & Komp.

Leipzig. Mejo & Springer; C. Wittstock.

Stuttgart. Gebr. Rößle.

Im Ausland:

Belgien. Firma La Lithographie Artistique, Desclée De Brouwer Cie, Brüges. Firma Rissel & Co. in Brüssel (für Formstecher). Vor Stellungnahme nach Belgien ist Erkundigung einzuziehen beim Verband der Formstecher Belgiens, Peter Kuhne, Anderlecht-Brüssel, Chaussee Mons 583.

Dänemark. Kopenhagen (Kupferdr.). Bibow: A. Jakobsen-Kopenhagen (Chem.).

Frankreich. Lille und alle nördlichen Bezirke wegen Streik um die 9 stündige Arbeitszeit.

Holland. Krommenie: Verwers Metaal-drukkery (Lithogr. und Steindr.).

Oesterreich. Lemberg.

Krakau. Firma Zorva.

Prag-Lieben. M. Grab Söhne, Wachs- und Linoleumdruckerei.

Rußland. Grodno: Vor Stellungnahme Erkundigung einzuziehen bei H. Leopold, Steffin, Heinrichstr. 41, II

Schweden wegen Generalaussperrung und -Streik.

Schweiz, für Chemigraphen wegen Ein- und Durchführung des Tarifs.

Ausgeschlossen

wurde der Steindrucker Maximilian Lundel aus Dänemark (Buch-No. 22255) wegen mehrfacher Schädigung der Kollegen und des Verbandes. Alle Verbandsmitglieder werden vor ihm gewarnt.

Die Mitgliedschaft Itzehoe in Holstein

wurde wegen Abreise einiger Kollegen aufgelöst und die dortigen Mitglieder der Mitgliedschaft Hamburg überwiesen. Nach Itzehoe stellesuchende Kollegen haben sich demnach vorher bei Kollegen L. Ulrich, Hamburg, Besenbinderhof 57 IV zu erkundigen.

Tarifamt für Deutschlands Chemigr. und Kupferdrucker.

In das Verzeichnis der tariffreien Anstalten sind nachzutragen die Firmen:

Schönwolf & Plieninger, Dresden; Löffler & Bock, G. m. b. H., Stuttgart.

Berlin, 11. September 1909.
Georg W. Büxenstein, Prinzipal-Vors.
Alb. Hehr, Gehilfen-Vorsitzender.

Inhalt.

Hauptteil: Bekanntmachungen. Zum Leipziger Parteitag. Rundschau. Genossenschaftliche Monatschau. Unternehmertum und Arbeitsvermittlung. — **Allgemeines:** Aus unserm Bulletin, II. — **Der Lithograph:** Die Lithographen und die Ca' canny-Politik. Lange Arbeitszeit — niedrige Löhne. — **Der Steindrucker:** Die Differenzen bei Eschbach & Schäfer in Leipzig. Zum Streik bei Eschbach & Schäfer. Eine angenehme Stellung. — **Die photomech. Fächer:** Wie Tarife gehalten werden. Aus den Sektionen: Berlin (Chemigr.). — **Photogr. Mitarbeiter:** Unsere Dresdener Konferenz, V. — **Die Tapetenbranche:** Stimmungsbilder von der Agitation. Aus der Werkstätte des Formstechers. Aus den Sektionen: Berlin, Braunschweig, Hildesheim. — **Feuilleton:** Der Kunstbegriff. — **Anzeigen.**

Zum Leipziger Parteitag.

Am 12. September trat in Leipzig das Parlament der politischen Arbeiterbewegung, der sozialdemokratische Parteitag, zusammen. Wichtige Fragen beschäftigten ihn, an denen auch die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung weitgehend interessiert ist. Daher wird auch die Mehrheit der Gewerkschafter mit Spannung die Ergebnisse der Leipziger Verhandlungen erwarten, auf die wir nach Schluß des Parteitages noch in einem besonderen Artikel eingehen werden. Aber schon heute, kurz nach der Eröffnung des Parteitages, wollen wir auf einige der wichtigsten Verhandlungsgegenstände hinweisen.

Von großem Interesse für die gesamte Arbeiterschaft ist der Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag, der vor einigen Wochen erschienen ist. Daraus geht hervor, daß die Mitgliederzahl der Parteioorganisationen im letzten

Jahre von 587 336 auf 633 309, also um 45 973 oder um 7,8 Proz. gestiegen ist. In der vorigen Berichtsperiode betrug die Steigerung 10,7 Proz. Die geringere Steigerung ist zweifellos auf die durch die Krise hervorgerufene Massenarbeitslosigkeit zurückzuführen. Aber gerade die wirtschaftliche Depression wird vielen Arbeitern die Augen geöffnet und ihnen gezeigt haben, daß eine rationelle Gesundung der Verhältnisse nur möglich ist durch die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise und durch den Sieg des Sozialismus, also durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel. In vielen bisher politisch indifferenten Arbeitern wird der Entschluß gereift sein, diese Vorwärtentwicklung zu einer höheren Gesellschaftsform durch eigene Mitarbeit zu unterstützen, und sie werden sich, sobald sie wieder in der Lage sind, Beiträge zahlen zu können, der politischen Arbeiterbewegung als Mitglieder anschließen. — Von der Gesamtzahl der Mitglieder waren 571 050 männlich (im Vorjahre 557 878) und 62 259 (29 458) weiblich. Die weiblichen Mitglieder wurden aufgefordert, für die Beteiligung der Frauen an den Krankenkassenwahlen zu wirken und Kinderschutzkommissionen einzurichten. — Der Kassenabschluss bilanziert mit 1 123 614 Mk.; 433 000 Mk. wurden angelegt.

Zur Förderung der Jugendbewegung wurde bekanntlich die »Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands« eingesetzt, die aus vier Vertretern des Parteivorstandes, der Generalkommission und der Jugendlichen besteht. Jugendausschüsse wurden in 311 Orten be-

gründet. Die »Arbeiter-Jugend« zählt bereits 28 100 Abonnenten. Für die Einrichtung von Jugendbibliotheken, Veranstaltung von Vorträgen, Schaffung von Jugendheimen hat die Zentralstelle den örtlichen Ausschüssen Vorschläge und Material übermittelt.

Die Partei hat 6250 Vertreter in Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen, 274 Vertreter in Magistraten, Stadträten und Gemeindevorständen und 139 Abgeordnete in den Landtagen von 19 Bundesstaaten.

Die Zahl der Tageszeitungen beträgt 74; aus der Parteikasse mußten 15 mit rund 90 000 Mark unterstützt werden. Der »Vorwärts«, das Zentralorgan der Partei, brachte bei einer Ausgabe von rund 1½ Millionen Mk. 111 000 Mk. Ueberschuß. Die »Neue Zeit«, die mit 66 000 Mark bilanziert, hatte bei 8500 Abonnenten 634 Mk. Defizit. »Der wahre Jakob« brachte bei 230 000 Abonnenten 37 100 Mk. und »Die Gleichheit« bei 7700 Abonnenten 15 390 Mk. Ueberschuß, während die »Kommunale Praxis« 6250 Mk. Zuschuß erforderte.

Die Parteischule hatte im Berichtsjahre 26 Schüler und hielt 814 Unterrichtsstunden ab, von denen allein 260 auf Nationalökonomie entfallen. Als Lehrer fungierten Rosa Luxemburg, Heinrich Cunow, Franz Mehring, Arthur Stadthagen, Emanuel Wurm, Heinrich Schulz und die Rechtsanwälte Kurt Rosenfeld und Hugo Heinemann.

Der unter der Leitung von Heinrich Schulz stehende Bildungsausschuß gab den 124 lokalen Bildungsausschüssen Anregungen und Material

und nahm außerdem mit einer großen Anzahl von Einzelorganisationen Fühlung. In 57 Städten wurden Unterrichts- und Vortragskurse abgehalten mit 8969 Teilnehmern. Aus 29 Orten gingen Berichte über Jugendschriftenausstellungen ein. Das vom Ausschuß herausgegebene Jugendschriftenverzeichnis umfaßt 184 Nummern, während sich 594 Bücher noch in Prüfung befinden. Neben diesem Verzeichnis soll ein Verzeichnis von empfehlenswerten künstlerischen Wandschmuck herausgegeben werden. Außer dem hat der Ausschuß Einführungen in Dramen und Opern, und zwar bis jetzt 16 Hefte, erscheinen lassen; 8 weitere Hefte sollen diesen Herbst folgen. —

Aus dem überaus reichlichen Antragsmaterial, das der Parteitag zu bewältigen hat, interessieren uns hauptsächlich die Anträge zur Jugendagitation und zur Maifeier.

Die Anträge zur Jugendagitation beziehen sich meist auf eine Verbilligung der »Arbeiterjugend« und auf die Förderung der Jugendagitation überhaupt. Stuttgart beantragt außerdem, den Bildungsausschuß der Partei zu beauftragen, »es den Jugendorganisationen durch Anstellung von Wanderlehrern oder Lehrerinnen möglich zu machen, ihre Mitglieder durch Unterrichtskurse und systematische Vorträge in die verschiedenen Gebiete der Wissenschaft einzuführen.« Und von Eilenburg wird beantragt: »Alljährlich hat im Anschluß an den Parteitag eine Konferenz der Jugendorganisationen stattzufinden.« Am wichtigsten erscheint uns der Antrag Köln: »Der Parteitag beauftragt die Zentralstelle für die arbeitende Jugend, eine Reichskonferenz der Jugendausschüsse einzuberufen, damit die Frage der Jugendziehung einheitlich geregelt wird.« Nebenbei sei bemerkt, daß der Parteitag zur Erteilung eines Auftrags an ein paritätisches Institut der Partei und der Gewerkschaften nicht genügen würde. An dem Antrag ist aber besonders die Betonung der Vereinheitlichung der Jugendziehung bemerkenswert. In No. 48 der »Neuen Zeit« geht Adolf Schulz (Bant) noch weiter. Er würde es gar nicht für verkehrt halten, »wenn im Einheitsinteresse die Jugendsektionen der Gewerkschaften aufgehoben würden in der selbständigen Jugendorganisation.« Demgegenüber müssen wir betonen, daß in bezug auf die Lehrlingsabteilung unserer Gewerkschaft von einem Aufgehen in der selbständigen Jugendorganisation, also von einer Preisgabe unserer Einrichtung, gar nicht die Rede sein kann! Sie hat sich als notwendig erwiesen und vorzüglich bewährt und es wäre eine Versündigung gegen uns selbst und eine Förderung der Interessen der Gelben und der Unternehmer, wenn wir den von Schulz (Bant) geäußerten und schließlich auch im Kölner Antrag liegenden Wunsch erfüllen würden. Das wäre tatsächlich das Verkehrteste, was wir tun könnten. Wir würden es sogar begrüßen, wenn andere Gewerkschaften unserem Beispiel folgen und ebenfalls gewerkschaftliche Jugendabteilungen einrichten würden. Sie würden dieselben guten Erfahrungen damit machen wie unsere Organisation!

Die Anträge zur Maifeier bezwecken teils ein Fallenlassen, teils ein schärferes Betonen der Arbeitsruhe am 1. Mai. Der Parteivorstand empfiehlt dem Parteitag folgende Resolution, die aus einer neuen Vereinbarung zwischen Parteivorstand und Generalkommission hervorgegangen ist und die den nächsten Gewerkschaftskongreß ebenfalls beschäftigen wird:

»Zur Vorbereitung der Maifeier ist an allen Orten, möglichst zu Beginn des Jahres, eine Kommission einzusetzen, für die zu gleichen Teilen das Gewerkschaftskartell und die Parteiorganisation ihre Vertretung bestimmen. Den Vorsitzenden wählt die Kommission selbst.

Die Kommission hat die Aufgabe, unter Berücksichtigung der beruflichen und örtlichen Verhältnisse und der Bestimmungen der gewerkschaftlichen Organisationen sowie der Beschlüsse des Parteitages, für eine würdige Feier Sorge zu tragen. Die in Aussicht genommene Feier darf an keinem anderen Tage als am 1. Mai stattfinden.

Bei Aussperrungen infolge der Maifeier kann den davon betroffenen Arbeitern eine Unterstützung gewährt werden, und darauf haben die politisch wie

auch die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Anspruch.

Zur Unterstützung der Aussperrten sollen für größere zusammenhängende Wirtschaftsgebiete Bezirksfonds gebildet werden. Die Abgrenzung der Bezirke erfolgt unter Zustimmung der in Frage kommenden Orte. Die für die Unterstützung nötigen Mittel sind von der Parteiorganisation und den Gewerkschaften in dem Bezirk, in dem die Aussperrung erfolgt, durch freiwillige Beiträge und Sammlungen aufzubringen.

Orte, deren Angliederung an einen Bezirksfonds unzulässig ist, haben in gleicher Weise am Orte einen Fonds zu bilden, aus dem die am Orte Aussperrten zu unterstützen sind.

Bedarf es eines solchen Fonds am Orte oder im Bezirk nicht oder reichen die Mittel eines solchen Fonds zur Unterstützung der Aussperrten nicht aus, so sind die erforderlichen Unkosten von der Parteiorganisation und den Gewerkschaften, denen die Aussperrten angehören, zu decken. Der Anteil, den jede dieser Organisationen zur Deckung der Unkosten der Aussperrung aufzubringen hat, wird nach der Zahl der diesen Organisationen angehörenden Aussperrten berechnet. Anspruch auf Unterstützung aus den Zentralkassen der Partei und Gewerkschaften haben die Aussperrten nicht.

Erheben die Gewerkschaften im Anschluß an die Aussperrungen Lohnforderungen, so haben sie die Unterstützung der Aussperrten allein zu übernehmen.

Wir begnügen uns für heute mit der Wiedergabe der Resolution und lassen es dahingestellt, ob die in ihr vorgeschlagene neue Regelung der Unterstützungsfrage zu einem befriedigenden Ergebnis führen wird oder nicht. Wir werden uns aber noch bei anderer Gelegenheit dazu äußern. —

Alles in allem wünschen wir dem Parteitag vollen Erfolg. Er wird gerade in der gegenwärtigen Zeit des unerhörten Steuerdrucks und der langsamen Wiederbelebung der wirtschaftlichen Lage dazu beitragen können, daß die proletarische Emanzipationsbewegung mit mächtigen Schritten vorwärts eilt.

Rundschau.

Der Kampf in Schweden hat noch nicht jene Einschränkung erfahren, die durch die neue Taktik erwartet wurde. Vielfach scheinen die Unternehmer mit der Absicht umzugehen, ihre Rache an den Arbeitern zu kühlen. Besonders die Straßenbahngesellschaften Stockholms gehen in der rigorosesten Weise gegen die zur Arbeit sich Meldenden vor. Mitglieder des Hauptvorstandes wie der Abteilungs-vorstände des Straßenbahnerverbandes sollen von vornherein und für immer von der Anstellung ausgeschlossen sein. Das gleiche gilt für solche, die sich sonst in irgend einer Weise mißlieblich gemacht haben. Die persönlichen Kontrakte, die man einführen will, enthalten Bestimmungen, wonach Streiks, Boykotts oder Aussperrungen unter keinen Umständen vorkommen dürfen. Von dem Lohn will die Gesellschaft 300 Kronen einbehalten. Diese Summe soll gänzlich verfallen, wenn jemand an einem maskierten oder offenen Streik teilnehmen sollte. Da die Gesellschaft auch noch die Monatslöhne kürzen wollte, verzichteten natürlich viele Angestellte auf Einstellung. Dagegen hat die Arbeiterschaft einen allgemeinen Boykott der Stockholmer Straßenbahn beschlossen. Folgende Resolution wurde vom Gewerkschaftskartell Stockholms angenommen: »Jeder Arbeiter muß es als seine Ehrenpflicht betrachten, nicht auf der Straßenbahn zu fahren, so lange sie von Streikbrechern geführt wird. Jeder Arbeiter, der diesen Boykott bricht, kann nicht als ein guter Kamerad angesehen werden. Da es für die Arbeiter, die in den Vorstädten wohnen, schwer sein wird, den Boykott effektiv aufrecht zu erhalten, richten wir an sie die Anforderung, in erster Linie die Eisenbahn zu benutzen. Läßt sich das nicht machen, so sollen z. B. die in Hagalund, Vårton und Enskede wohnenden Arbeiter, die in der Stadt ihre Arbeit haben, gruppenweise zur Arbeit marschieren, um ihre Solidarität mit den ausgesperrten Kameraden bei der Straßenbahn kund zu tun und auf die Art zugleich gegen die brutale Handlungsweise der Straßenbahngesellschaften zu protestieren. Dasselbe Maßregel gilt auch für Automobile, Mietwagen und Droschken, bis auch hier alles vollkommen geordnet ist.« Auch im Buchdruckgewerbe sind noch nicht alle Arbeiter wieder eingestellt, doch glaubt man durch Verhandlungen zum Ziel zu gelangen. Die »Deutsche Arbeitgeber-Zeitung« wies erst in der vorigen Nummer nach, wie dumm (nach ihrer Meinung) die deutschen Arbeiter seien, wenn sie die Schwedischen unterstützen, weil als Folge des Streiks deutsche Arbeiter entlassen werden müßten. Daß sie in der letzten Nummer erst nachgewiesen hatte, daß aus Schweden kein Rohmaterial zu haben sei, das weiß sie jetzt natürlich nicht mehr. Diesmal läßt sie sich einen eigenen Drahtbericht senden, wonach der Riesen-ausstand in den letzten Zügen liegt. Schade nur, daß die schwedischen Unternehmer selber ver-raten haben, daß ihnen die Bearbeitung der aus-

ländischen Presse gewaltige Summen koste. Daß zurzeit noch 165000 Arbeiter mindestens im Kampfe stehen, kann doch auch das Unternehmerorgan nicht bestreiten. Nun, die Redaktion muß ja wissen, was sie ihren Lesern bieten darf.

Streikbrecher sind moralisch minderwertige Menschen. Diese zutreffende Ansicht finden wir in einem jüngst ergangenen Urteil des Gewerbegerichts Hannover. Es handelte sich um folgenden Fall: Ein Klempnermeister hat einen Gesellen gehabt, der 11 Jahre lang nach dem Zeugnis, welches ihm der Meister ausgestellt hat, sich stets zur Zufriedenheit des Meisters geführt und durch tadellose Arbeit sich das Vertrauen desselben in dem Maße erworben hatte, daß ihm der Meister seinen Lohn erhöhte und ihn als Werkmeister anstellte. Der Geselle verpflichtete sich daraufhin, sich an keinem Streik zu beteiligen. Als jedoch in Hannover ein Klempnerstreik ausbrach, legte der Geselle, trotzdem ihm vom Verbandsrat gestattet worden war, bei dem Meister zu bleiben, damit die Anstellung eines nicht organisierten Werkmeisters verhindert werde, die Arbeit ohne Kündigung nieder, weil er es unter seiner Würde hielt, mit nichtorganisierten Arbeitern bzw. Streikbrechern in einer Werkstatt zusammen zu arbeiten. Der Meister stellte ihm ein vorzügliches Zeugnis aus, bemerkte jedoch, daß der Geselle seine Arbeit, ohne die vorgeschriebene Kündigungsfrist innezuhalten, aufgegeben habe. Der Geselle verlangte daraufhin, daß der Meister die Angabe über Auflösung des Arbeitsverhältnisses aus dem Zeugnis entferne. Darüber kam es zur Klage vor dem Gewerbegericht. Das Gewerbegericht empfand den beiden eine gütliche Verständigung mit Rücksicht darauf, daß der Geselle solange Jahre zur Zufriedenheit des Meisters gearbeitet habe. Als dieser jedoch auf seinem Standpunkte beharrte, mußte das Gericht zugeben, daß nach der gesamten Rechtsprechung der Meister berechtigt sei, in einem Führungsatteste den Grund für die Auflösung des Arbeitsverhältnisses anzuführen. Es wurde jedoch in der Entscheidung des Gerichts, in welcher der Geselle mit seiner Klage abgewiesen wurde, ausgesprochen, daß es recht bedauerlich sei, daß die beiden Parteien sich nicht geeinigt hätten. Dieses Bedauern wurde damit begründet, daß die Veranlassung des Gesellen zum Kontraktbruch keine unmoralische gewesen sei. Man könne doch dem Kläger nicht verübeln, daß er nicht mit Streikbrechern in einer Werkstätte zusammen arbeiten wolle. Es sei dem Gerichte bekannt, daß Streikbrecher meist moralisch minderwertige Menschen seien, die nach Beendigung des Streiks wieder verschwänden und auch sonst im Leben keine glänzende Rolle spielen.

Die Reichstagsersatzwahl in Stollberg-Schneeberg. Einen gehörigen Denkwert für die Väter der sogenannten Steuerreform brachte die Ersatzwahl in Stollberg-Schneeberg. Der Sozialdemokrat Schöpfli erhielt 21978 Stimmen, der bürgerliche gemeinsame Kandidat 9368 Stimmen. Schöpfli ist also mit erdrückender Majorität gewählt. Das Ergebnis ist ein ganz besonders glänzendes. Die Sozialdemokratie hat gegen die Wahl von 1907, wo sie 19000 Stimmen erhielt, um 178 Stimmen zugenommen. Sie hat selbst die glänzende Stimmenzahl des Jahres 1903, die 20096 betrug, überflügelt. Dagegen haben die vereinigten Bürgerlichen gegen 1907, wo sie 14606 erzielten, um mehr als 5000 Stimmen verloren. Eine derbe Quittung für die Reichsfinanzreform! Nachdem die Wahl in Neustadt-Landau schon die bürgerlichen Parteien in Aufregung versetzt hat, sind sie jetzt geradezu starr vor Schrecken. Der Deutsche müßte doch geradezu eine Eselsgeduld haben, wenn er sich eine so ungeheure Schröpfung, wie die letzte Finanzreformstillschweigend gefallen lassen wollte. Unsere Gegner sind noch immer unsere besten Agitatoren gewesen. —

Neue Ernte der christlichen Gewerkschaftsführer. Wir berichteten schon das letzte Mal von dem Austritt einer ganzen Filiale aus dem christlichen Gärtnerverband. Dem reit sich ein neuer Fall würdig an. In Herbolzheim (Baden) hat der christliche Tabakarbeiterverband seine sämtlichen 117 Mitglieder verloren. Besonders die Tabakarbeiter spüren die Wirkung der neuen Tabaksteuer am eigenen Leibe am empfindlichsten. Die christlich organisierten werden daher auch am ehesten auf den Verrat ihrer Führer im Reichstage aufmerksam, die durch ihre enge Allianz mit dem Schnapsblock die Interessen ihrer Mitglieder schöne im Stich ließen. Das Vorgehen der Herbolzheimer Tabakarbeiter kann daher den christlich organisierten Arbeitern im allgemeinen nur zur Nachahmung empfohlen werden. Sie wahrten sich dadurch ihre eigenen Interessen.

Ueber die Wirkung des amerikanischen Zolltarifs berichtet die »Zeitung für Deutschlands Buchdrucker, Steindruckere usw.« Die Einführung der Ansichtskarte nach den Vereinigten Staaten ist durch die in Kraft getretene amerikanische Zollerhöhung bedeutend zurückgegangen. Insbesondere ist durch den neuen erhöhten Tarif die Einfuhr solcher Karten unterbunden, die landschaftliche Bilder aus Amerika darstellen. Die deutsche Industrie hatte den amerikanischen Markt bisher so stark beherrscht, daß fast keine einzige Postkarte mit Ansichten aus den Vereinigten Staaten amerikanischen Ursprungs war. Das ist nun anders geworden. Die Postkartenindustrie in Berlin, Leipzig usw., insoweit sie sich mit diesem Sondergebiet der Postkartenerzeugung

beschäftigte, ist lahm gelegt. Wie ferner der „Frankf. Ztg.“ aus New-York am 25. August berichtet wird, hat das Zollkomitee des Nationalbundes von Besitzern lithographischer Anstalten in einer dieser Vereinigungen unterbreiteten Berechnung dargelegt, daß infolge des umfassenden Zollschatzes, den unter der neuen Tarifbill die amerikanische Lithographie genießt, 250 Pressen mehr als bisher Beschäftigung finden würden. Die dadurch gelieferten Arbeiten werden auf jährlich 4—5 Millionen Dollar bewertet. Es sei gelungen, Deutschland die Kontrolle des amerikanischen Marktes für lithographische Erzeugnisse zu entreißen.

In der „Papier-Zeitung“ lesen wir über die Erneuerung der Konvention der chemigraphischen Anstalten folgendes: Der Bund chemigraphischer Anstalten Deutschlands (Atzanstalten) hielt in Leipzig eine Versammlung ab, um über das Fortbestehen der Konvention sich schlüssig zu machen. In den mehrstündigen Beratungen kam allgemein zum Ausdruck, daß ein Zusammenschluß der Anstalten nur dann zum Vorteil des ganzen Faches sei, wenn die Bedingungen der Konvention verschärft werden. Es wurde daraufhin beschlossen, die Konvention vom 1. Oktober 1909 an zu erneuern. In den neuen Konventionsbedingungen ist folgendes bemerkenswert: Es werden von dem Bund Prüfer angestellt, die die Bücher jedes Mitgliedes von Zeit zu Zeit zu prüfen haben. Die Konventionsfirmen sind verpflichtet, für chemigraphische Arbeiten besondere Bücher zu führen. Jede Uebertretung, die einem Mitglied bekannt wird, muß der Leitung des Bundes angezeigt werden. Jede Verletzung der Konventionsbedingungen hat eine Geldstrafe zur Folge, auch kann auf Ausschluß des Mitgliedes erkannt werden. Wir müssen abwarten, ob es gelingt durch diese Aenderung der Konvention, die Unternehmer für dieselbe geneigter zu machen.

Zur Verschmelzung der Bauarbeiterverbände. Auf Grund der von den Verbandstagen des Maurerverbandes und des Bauhilfsarbeiterverbandes gefaßten Beschlüsse, unterbreiten die Vorstände beider Verbände den Mitgliedern einen neuen Statutenentwurf. Die neue gemeinsame Organisation soll den Namen: »Deutscher Bauarbeiterverband« führen. Mitglieder können alle im Hoch- und Tiefbau beschäftigten Arbeiter werden. Insbesondere sind aufnahmefähig alle Maurer und deren Hilfsarbeiter, auch alle Angehörigen der Spezialbranchen des Maurergewerbes (Backofenbauer, Kessel- und Schornsteinmaurer, Beton- und Kunststeinarbeiter, Fliesenleger und Ansetzer, Terrazzo- und Mosaikarbeiter, Putzer aller Art), ferner alle Erdarbeiter, Einschaler, Abbrucharbeiter, Gerüstbauer und die bei der Ausschachtung von Baugruben und an den Pfahlrammen beschäftigten Arbeiter. Die Mitgliedschaften beider Verbände werden aufgefordert, zu diesem Statutenentwurf, sowie überhaupt zu der Verschmelzungsvorfrage Stellung zu nehmen, und Abstimmungen vorzunehmen. Die Abstimmungsergebnisse sind an die Verbandsvorstände einzusenden, die sie veröffentlicht werden. Im Frühjahr 1910 halten dann beide Verbände zu gleicher Zeit und an demselben Orte einen Verbandstag ab, um zu der Verschmelzung erneut Stellung zu nehmen. Wird sie beschlossen, dann treten die beiden Verbandstage zusammen und konstituieren den gemeinsamen Verband. Als Termin für den Zusammenschluß wird der 1. Januar 1911 in Aussicht genommen.

Genossenschaftliche Monatsschau.

Der Steuerkampf. Die Steuerabwälzungen auf die Verbraucher. Die armen Kaffeehausbesitzer. Die Organisationen der Produzenten. Die Macht der Konsumenten. Die Notwendigkeit der genossenschaftlichen Konsumentenorganisation.

Der gegenwärtige »Steuerkampf« lenkt wieder die Aufmerksamkeit auf den Zusammenhang zwischen Steuererhöhungen, Steuerabwälzungen und Extraprofiten der Produzenten und Zwischenhändler. Nicht bei jeder indirekten Steuer läßt sich genau feststellen, wer sie bezahlt: der Produzent, der Zwischenhändler oder die Konsumenten. Es sind da mancherlei Einflüsse wirksam, die die Abwälzung erschweren oder erleichtern können. Im allgemeinen wird man aber wohl das richtige treffen, wenn man sagt: die schwächsten Schultern tragen immer die indirekten Steuern, und diese schwächsten Schultern haben heute in der Regel die letzten Verbraucher, die unmittelbaren Konsumenten.

Dafür ist wieder die Tatsache ein lehrreiches Beispiel, daß in zahlreichen Städten die Kaffeehausbesitzer den erhöhten Zoll für Kaffee benutzt haben, um die Tasse Kaffee um fünf Pfennig zu verteuern. Man zahlt jetzt meistens 30 Pfennig für die Tasse Kaffee in diesen Lokalitäten, in manchen Städten sogar 35 Pfennig. Nun werden die breiten Massen der Bevölkerung von dieser Praxis der Kaffeehausbesitzer zwar nicht sehr schwer getroffen, da sie die teuren Kaffeehäuser nur wenig besuchen. Der Vorgang beleuchtet aber trefflich das jetzt ja sehr aktuelle Thema von den Steuerabwälzungen und mag deshalb hier Erwähnung finden. Zu einer Tasse Kaffee nehmen die Kaffees 10—15 Gramm. Man rechnet, daß ein Pfund Kaffee vierzig Tassen ergibt. Der neue Zoll beträgt nun für ein Kilogramm gebrannten Kaffee 25 Pfennig. Für 40 Tassen Kaffee bezahlt also der Kaffeehausbesitzer 12½ Pfennig mehr, er selbst will aber von seinen Kunden zwei Mark mehr einnehmen. Wenn ein Kaffeehaus täglich 30 Pfund Kaffee verbraucht, hat der Inhaber

an erhöhtem Zoll im Jahre 1368,75 Mark zu bezahlen. Die Mehreinnahmen, die er infolge des erhöhten Kaffeepreises erzielt, betragen aber im Jahre 23 400 Mark! Der Aufschlag ist also sehr reichlich bemessen, selbst wenn man berücksichtigt, daß ja auch der Tee, die Streichhölzer, das elektrische Licht, der Mietstempel usw. teurer geworden sind.

Aehnlich wie beim Kaffee im Kaffeehaus liegt es auch bei den Streichhölzern, die im Detailhandel in letzter Zeit einen Preis erreicht haben, der ganz außer Verhältnis zur Steuer steht. Wenn auch die anderen frisch versteuerten Artikel Preiserhöhungen in der gleichen Weise zur Folge haben, werden die Steuern im Betrage von 500 Millionen Mark für die Konsumenten eine Belastung von einer Milliarde bedeuten. 500 Millionen fließen dann in die Staatskasse, der Rest bleibt bei den Unternehmern, Händlern, Agenten usw. hängen, für die dann die Steuererhöhung ein gutes Geschäft bedeutet. So berechtigt der Widerwille gegen die neuen Steuern ist und so sehr es darauf ankommt, die Leidtragenden immer daran zu erinnern, wenn sie die Steuerlasten zu danken haben, man sollte darüber doch nicht außer acht lassen, daß eine mangelhafte Organisation der Warenverteilung; die Unternehmerringe und Kartelle und das große Heer der Händler den Steuerdruck noch vergrößern, der sowieso schon schwer genug den Familienvater, der nicht zu den oberen Hunderttausend gehört, belastet. Abhilfe hiergegen kann aber nur die Organisation der Konsumenten schaffen und darin liegt die Bedeutung, die besonders in der jetzigen Zeit die Konsumvereine für die Arbeiterfamilien haben.

Die Konsumenten sollten sich ein Beispiel nehmen an den Produzenten, die sehr gut organisiert sind. Wirtschaftliche Unternehmerverbände, Kartelle und Ringe gestatten ihnen, die Steuern resillos abzuwälzen. Auch die Zwischenhändler sind in zahlreichen Vereinen zusammengeschlossen, obgleich deren Macht natürlich nicht im entferntesten heranreicht an die Macht der Produzentenorganisationen. Der gesamte Zwischenhandel lebt aber von den Aufschlägen, die er auf die Waren macht, und diese Gewohnheit erleichtert ihm die Abwälzung auf die Konsumenten. Diese sind noch schlecht organisiert. Die Konsumvereine, deren Aufgabe die Wahrnehmung allgemeiner Konsumenteninteressen ist, stehen noch in gar keinem Verhältnis zur Zahl der Käufer, und die Folge davon ist, daß ein geschlossenes Vorgehen der Konsumenten gegen unberechtigte Preiserhöhungen sehr erschwert wird.

Trotzdem wäre es ihnen ein leichtes, wenn sie nur einig sein und sich organisieren wollten. Denn die Konsumenten repräsentieren eine Macht! Das zeigt sich besonders in dem Steuerkampf, der das Bier betrifft. Hitzig erschallt der Streifzug: »Die Konsument — die Brauer und Wirte!« Denn auch die Brauer suchen über die Erhöhung der Steuer hinaus einen Extraprofit zu erhaschen, und die Wirte — möchten es gern den Brauern nachmachen. Die Konsumenten lassen sich aber dies liebliche Beginnen nicht so ohne weiteres gefallen. Trotz des Mangels einer wirksamen Organisation können die Bierkonsumenten dabei doch oft ihre Macht zeigen. So hatte nach Zeitungsmittellungen die erfolgte Bierversteuerung in Bochum unerwartete Folgen. In einem vertraulichen Zirkular hatte der Wirteverein seinen Mitgliedern empfohlen, nach außenhin möglichst wenig Aufhebens von dem in geheimer Sitzung erfolgten Beschluß, höhere Preise und kleinere Gläser einzuführen, zu machen, und die Konsumenten somit gewissermaßen zu überrumpeln und sie vor eine fertige Tatsache zu stellen. Aber nicht nur die Wirte »arbeiteten« im stillen, sondern auch die Konsumenten. Keine Protestversammlungen erfolgten, wo aber die Wirte die kleinen Fingerhütchen einführen, da blieben die Gäste weg und suchten irgendwo innerhalb oder außerhalb des Bezirks Ersatz in alten Maßen und zu alten Preisen. Als viele Lokale mit den höheren Preisen und kleineren Gläsern leer blieben, wurden vielfach die alten »Pötte« wieder hervorgeholt. Jetzt sollen aber einige Wirte im Konkurrenzkampfe dazu übergegangen sein, die Bierpreise gegen früher noch zu ermäßigen. Früher kostete das über die Straße verkaufte Bier 30 Pfennig der Liter, jetzt erhält man es in zahlreichen Wirtschaften in gleicher Güte zu 25 Pfennig. Auf diese Preisermäßigung wird von einigen Wirten ausdrücklich durch Aushänge an den Fenstern aufmerksam gemacht.

Die Konsumenten ersehen an diesem Beispiel wieder, daß es bei einigem Zusammenhalt und zweckdienlicher Arbeit wohl möglich ist, manche der vielen Schröpfungsvorhaben abzuwehren. Wenn es ohne jede Organisation schon möglich ist, um wieviel mehr kommt die Riesenkraft der Konsumenten in festgeschlossenen, dauernd wirksamen Organisationen, den Konsumgenossenschaften, erst zum Ausdruck. In diesen Tagen der Steuerabwälzungen wird jeder Konsument mit der Nase darauf gestoßen, um wieviel größer der Vorteil der organisierten Konsumenten ist, die ihre vielen Einzelkräfte zu zielstrebender, klarbewusster Tätigkeit zusammenfassen, als wenn jeder Konsument einzeln und verloren auf gut Glück opponiert. K. K.

Unternehmertum und Arbeitsvermittlung.

Daß das Unternehmertum von einer Regelung der Arbeitsvermittlung durchaus nichts wissen will,

auch dann nicht, wenn es sich um einen Versuch handelt, die Lösung dieser schwierigen Aufgabe auf paritätischer Grundlage zu bewirken, ist eine allbekannte und leider oft genug bewiesene Tatsache. Es ist aber auch nicht minder bekannt und ganz selbstverständlich, daß auch die Arbeiterschaft ein großes, in ihrer ganzen wirtschaftlichen Lage liegendes wohl begründetes Interesse an der Frage der Arbeitsvermittlung hat. Wenn irgendwie die Gegensätzlichkeit der Interessen zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum zutage tritt, so ist es auf diesem Gebiete, und daher sind auch der Kämpfe so viele, die sich in ihrem Ergebnis darum drehen, wer von ihnen im Besitze der Arbeitsvermittlung sein soll.

Die Arbeiter stehen vielfach auf dem Standpunkt, daß sie, als die Besitzer und Verkäufer ihrer Ware Arbeitskraft, die Arbeitsvermittlung in Händen haben müßten, wogegen die Unternehmer danach trachten, das Institut der Arbeitsvermittlung ihren Zwecken dienstbar zu machen, d. h. es dazu zu benutzen, ihnen mißliebig gewordene Arbeiter wirtschaftlich zu schädigen und sie auf kürzere oder längere Zeit, vielleicht auch für dauernd von der Arbeitsgelegenheit auszuschließen. Dieser Kampf um den Arbeitsnachweis ist so alt wie die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung selber und er ist nur da in etwas gemildert worden, wo auf Grund von Tarifverträgen, namentlich bei den größeren Arbeiter- und Unternehmerorganisationen, man dazu gekommen ist, die Arbeitsvermittlung gemeinschaftlich zu führen. Die Ergebnisse auf diesem Gebiete sind aber oftmals hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Eine Ausnahme in einem gewissen Sinne machen hier z. B. die Verhältnisse im deutschen Buchdruckgewerbe, wo man auch erst nach Begründung des ganzen Tarifgebäudes dazu gekommen ist, die Arbeitsvermittlung zwischen Prinzipalen und Gehilfen gemeinschaftlich zu führen, wobei sogar zur Erlangung von Arbeitsgelegenheit diejenigen Arbeiter vorgezogen werden, die wegen der Aufrechterhaltung des zwischen den Prinzipalen und Gehilfen vereinbarten Tarifs arbeitslos geworden sind. Solche Verhältnisse und noch dazu in dieser Ausgestaltung bilden aber im gewerblichen Leben immer noch die Ausnahme und nicht die Regel, und sind auch nur unter den Angehörigen größerer Arbeiter- und Unternehmerorganisationen möglich. Alle andern Arbeitgebervereinigungen, namentlich die von der Regierung geschätzten und geschützten und von der Gesetzgebung mit mehr oder weniger großen Vorrechten ausgestatteten Innungen haben auf diesem Gebiete oft versagt, und in vielen Gewerben ist der Streit zwischen Innung und Gesellenschaub über die Einrichtung und Handhabung der Arbeitsvermittlung bald offener bald geheimer hervorgetreten.

Alles dieses ist für den Sozialpolitiker, auch für den bürgerlichen, der bemüht ist, die Klassengegensätze zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum abzuschwächen, Grund genug, zu der wichtigen Frage der Arbeitsvermittlung Stellung zu nehmen und sich damit zu beschäftigen. Das ist auch wieder geschehen auf der »Mitteleuropäischen Wirtschaftskonferenz«, die vor einiger Zeit in Berlin tagte und in der Frage der Arbeitsvermittlung die folgende ziemlich langatmige Resolution annahm:

1. Der organisierte Ausbau des Arbeitsnachweises liegt im volkswirtschaftlichen, sozialen und ethischen Interesse der gesamten Bevölkerung; a) volkswirtschaftlich, um so schnell und billig als möglich jede vorhandene Arbeitswilligkeit und zur Hand liegende Arbeitsgelegenheiten, die sich suchen, behufs Erzielung eines Arbeitsvertrages zueinander in Beziehung zu setzen, bei einseitig bestehenden Angeboten bzw. Nachfragen das zur Vertragschließung noch mangelnde Material an Arbeitskräften bzw. offenen Stellen zu beschaffen und dadurch planmäßig regelnd und bei wirtschaftlichen Depressionen und ungesunden Bevölkerungsverchiebungen ausgleichend auf den Arbeitsmarkt einwirken zu können; b) sozial, um die widerstreitenden Interessen der Käufer und Verkäufer auf dem Arbeitsmarkt nach Möglichkeit auszugleichen und durch unparteiische und gewissenhafte Bedienung beider die Härte der Klassengegensätze mildern zu helfen; c) ethisch endlich, um die Arbeitnehmer von den nachteiligen sittlichen Einflüssen zu befreien, welche der von dem gewerbsmäßigen Arbeitsnachweis betriebenen derzeitigen Art der Stellenvermittlung anhaften.

2. Aus diesen Gründen ist die Lösung des Arbeitsnachweisproblems nachdrücklich anzustreben.

3. Von den zurzeit zu diesem Zwecke eingeführten Systemen (paritätische Arbeitsnachweise, Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Nachweise, Fürsorge-Arbeitsnachweise usw.) hat bislang keines den unbestrittenen Vorzug vor dem andern derart bewiesen oder den in der Lage der Sache begründeten Anforderungen so weit entsprochen, daß es berechtigt wäre, als Muster einer Normalarbeitsnachweis-Organisation hingestellt zu werden.

Die angestrebte Lösung des Problems ist deshalb auch nicht von der schematischen und zwangsweisen Uebertragung einer der zurzeit lokal und territorial erprobten Einrichtungen auf die Allgemeinheit durch staatliche Gesetzgebung, sondern nur von der natürlichen Entwicklung solcher Einrichtungen zu erwarten, welche den Bedürfnissen der jeweiligen örtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse geschickt und individuell angepaßt sind und Rechnung tragen.

5. Zu diesem Behufe ist: a) der gewerbsmäßige Arbeitsnachweis mit dem Endziel der gänzlichen

Ausschaltung baldmöglichst durch die Gesetzgebung auf das Mindestmaß einzuschränken; b) die sachgemäße Einrichtung von Arbeitsnacheisen unter den in 4 niedergelegten Gesichtspunkten überall da, wo sie noch ermangelt, schleunigst durchzuführen; c) das planmäßige Zusammenwirken aller nicht gewerbmäßigen Arbeitsnacheise — und zwar im Hinblick auf das Gemeinwohl unter Zurückstellung jeglicher eigensüchtigen Interessen — in die Wege zu leiten durch Zusammenfassung in organisch sich aufbauenden Zweckverbänden (Provinzial- und Landesverbänden); d) die Gründung von Arbeitsnacheisverbänden von den Staatsregierungen, Selbstverwaltungen und öffentlichen Körperschaften materiell und auf jede sonstige Weise zu unterstützen; e) die wissenschaftliche Erforschung des in seinen innersten Ursachen und Wirkungen noch keineswegs erschöpfend geklärten Problems des Arbeitsmarktes und seiner Organisation von den berufenen Stellen in vermehrtem Maße nachdrücklich zu fördern; f) die in den Nachbarstaaten auf dem Gebiete der Arbeitsnacheisorganisation gewonnene Erkenntnis entsprechend zu berücksichtigen.

6. Zur Regelung der Wanderbewegung zwischen den mitteleuropäischen Staaten erscheint die Errichtung geeigneter Zentralorganisationen in den einzelnen Ländern erstrebenswert, welchen die Aufgabe zufällt, mit einander Fühlung zu nehmen und eine Verständigung über das Problem der Wanderbewegungen betreffenden Fragen herbeizuführen.

Alles oder doch manches, was in diesen Sätzen ausgesprochen ist, ist ja beachtenswert, und, wenn man nicht gar zu optimistisch denkt, auch wohl geeignet, bessernd und mildernd auf einem Gebiete zu wirken, das den Kampfboden bildet, wo die Interessen von Arbeit und Kapital in Widerstreit geraten.

Die genannte Konferenz würde im Hinblick auf ihre eigentlich doch nur akademischen Ausführungen von dem Unternehmertum weniger gewürdigt worden sein, wenn nicht ein Umstand dabei zu beachten wäre, der ihm wichtig genug erschien, auf den Inhalt der Resolution einzugehen.

Auf der Konferenz war nämlich unter anderem auch der damalige Staatssekretär, jetzige Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg erschienen, der den Standpunkt der Regierung wie folgt darlegte: »Lebhafte Aufmerksamkeit wird die Reichsverwaltung auch ihren Erörterungen über die Organisation des Arbeitsmarktes zuwenden; ein Problem, das gerade in Zeiten von wirtschaftlicher Depression von größter Bedeutung ist. Nicht ohne Interesse wird sie deshalb auch die Bestrebungen verfolgen, die, wie in anderen Ländern, so auch in Deutschland dem Ausbau der öffentlichen paritätischen Arbeitsnacheise dienen.«

Obgleich nun für das Unternehmertum durchaus noch keine Gefahr im Verzuge und manches aus den Ausführungen des Staatssekretärs cum grano salis, d. h. unter Vorbehalt zu nehmen ist, so ist das publizistische Organ des Unternehmertums, die »Deutsche Arbeitgeberzeitung«, auf dem Plan erschienen, um in ihren Spalten darzulegen, wie sie über die »Parität der Arbeitsvermittlung« denkt. Dabei kommt sie zu folgenden, weniger durch Erfahrung als durch Voreingenommenheit gegen die Arbeiter diktierten Ausführungen: »Dieses Hervorheben just derjenigen, auf die Bewältigung der Arbeitsnacheisfrage gerichteten Bemühungen, die nach dem übereinstimmenden Urteil des beteiligten Unternehmertums der industriellen und gewerblichen Gütererzeugung schweren Schaden zu bringen drohen, weil sie die durch die Arbeitgebernacheise in so eminentem Maße begünstigte Auswahl der Tüchtigsten unterbinden, von der die industrielle Konkurrenzfähigkeit Deutschlands in erster Linie abhängt — diese Anerkennung der Vorzüge des Prinzips der »Parität«, dessen Durchführung unter den gewerblichen und politischen Verhältnissen der Gegenwart tatsächlich als vollkommen ausgeschlossen zu gelten hat, weil es eben in unversöhnlichem Gegensatz zu dem ganzen Aufbau des Arbeitslebens steht, kann schlechterdings nur verwirrend und beunruhigend wirken. Denn es trägt unstreitig zur Verstärkung des Verdachts bei, als ob an autoritativer Stelle der Meinung des Unternehmertums darum überhaupt kein Gewicht mehr beigelegt wird, weil diese Meinung von vornherein als einseitig befangen gilt.«

Daß die deutsche Arbeiterschaft an der Konkurrenzfähigkeit Deutschlands ein ebenso großes Interesse hat wie das Unternehmertum, das kann nur derjenige bestreiten, der den Ausführungen der »Deutschen Arbeitgeber-Zeitung« glaubt. Wenn in diesem Unternehmertum davon die Rede ist, daß die Arbeitgebernacheise die »Tüchtigsten« vermitteln, so beweisen die Erfahrungen aber das Gegenteil, was ja auch zuweilen selbst von Arbeitgebern zu gegeben wird. Bis jetzt ist die Durchführung der Parität auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung noch nicht erreicht worden. Ob die in der Resolution der Mitteleuropäischen Wirtschaftskonferenz angegebenen Mittel und Wege geeignet sind, volkswirtschaftlich, sozial und ethisch das Problem der Arbeitsvermittlung zu lösen, soll hier dahingestellt sein. Aufgabe der Arbeiterorganisationen wird es aber sein, dieses Ziel zu erreichen und damit zu beweisen, daß die Durchführung des Prinzips der Parität in der Arbeitsvermittlung unter den gewerblichen Verhältnissen der Gegenwart wohl möglich ist. Damit werden sie es auch gleichzeitig verhindern, daß auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung

lung Zustände bestehen, die, weil sie sich gegen das Interesse der Arbeiter richten, eigentlich schon längst beseitigt sein sollten.



Allgemeines.

Leit für die
gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Aus unserm Bulletin.

II.

Lohn- und Tariffbewegungen.

Deutschland. Der wirtschaftliche Rückschlag, welcher seit dem Jahre 1907 auf fast allen Berufen und Ländern lastet, brachte auch einen Rückschlag in den Lohnbewegungen mit sich. Trotzdem muß für uns das Jahr 1908 ein rühriges genannt werden. Es fanden in unseren Berufen insgesamt 56 Bewegungen in 52 Orten und 168 Betrieben statt. Die Hauptforderung bei allen Bewegungen war die Verkürzung der Arbeitszeit. In 52 Fällen wurden Forderungen an die Unternehmer gestellt und zwar in 48 Orten mit 158 Betrieben und 1750 Gehilfen.

45 Bewegungen in 41 Orten und 148 Betrieben mit 1668 Gehilfen fanden ohne Streiks zu Gunsten der Arbeiter ihre Erledigung und in 7 Fällen mit 10 Betrieben und 117 Gehilfen kam es zum Streik.

In 10 Fällen mit 316 Gehilfen in 4 Orten hatten die Unternehmer Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen angeboten, welche ohne Streiks zurückgewiesen wurden.

Bei den Bewegungen waren 23 Arbeitgeber organisiert. Durch Vergleich wurden 53 Bewegungen beendet. Dabei unterhandelten in 13 Fällen die Gehilfen mit den Unternehmern allein, in 27 Fällen die örtlichen Vorstände und in 13 Fällen unterhandelte die Zentralleitung des Verbandes mit den Arbeitgebern.

Tarifverträge wurden in 17 Fällen mit 1260 Beteiligten abgeschlossen.

45 Bewegungen mit 1633 Beteiligten wurden ohne Arbeitseinstellung zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und 4 Bewegungen mit 304 Beteiligten zur Abwehr von Verschlechterung der Arbeitsbedingungen mit Erfolg ohne Streiks geführt.

Erfolgreich waren 42 Bewegungen ohne Streiks mit 1785 Beteiligten. Teilweisen Erfolg hatten 7 Bewegungen mit 181 Gehilfen ohne Streiks und 4 Bewegungen mit 93 Gehilfen mit Streiks. Erfolglos waren 3 Streiks mit 24 Gehilfen.

Bei den Bewegungen erzielten 1282 Kollegen eine Arbeitszeitverkürzung von zusammen 2339 Stunden per Woche, darunter durch Streik 10 Kollegen 15 Stunden.

206 Kollegen erreichten eine Lohnzulage von zusammen 342 Mk. per Woche, darunter infolge stattgefundenen Streiks 52 Kollegen per Woche 112 Mk., und 724 Kollegen erreichten sonstige Verbesserungen.

Abgewehrt wurde eine Arbeitszeitverlängerung bei 15 Gehilfen per Woche von zusammen 22 Stunden und bei 60 Kollegen eine Lohnkürzung per Woche von zusammen 146 Mk.; bei weiteren 174 Kollegen wurden sonstige Verschlechterungen abgewehrt.

Diese Lohnbewegungen verursachten eine Gesamtausgabe von 22358,44 Mk.

Norwegen. Ueber den Tarif der norwegischen Kollegen berichteten wir bereits in No. 2 des Bulletins*). Nach dem Bericht hat dieser Tarif Gültigkeit für Lithographen bis 14. März 1912 und für die Chemigraphen bis 31. Oktober 1911. Der Lithographen-Tarif enthält die Bestimmung, daß er nach zweijährigem Bestehen revidiert wird. Infolgedessen haben die Gehilfen an die Arbeitgeber eine Reihe Abänderungsvorschläge eingereicht, welchen die Arbeitgeber nach einigen Vorberatungen zustimmen. Festsgelegt wurde zu dem bestehenden Tarif folgendes:

Rotationsmaschinen betreffend: Die Arbeitszeit beträgt 45 Stunden per Woche. Ueber-

zeitarbeit darf nicht stattfinden. Der Mindestlohn für Maschinenmeister beträgt 36 Kronen und dürfen nur ausgelernte Drucker beschäftigt werden.

Es folgen dann noch einige Unterbestimmungen, wer als Gehilfe anzusehen ist; dabei wurde bestimmt, daß Schüler von der Kunst- und Handwerkerschule nicht als ausgelernte Gehilfen angesehen werden, ehe dieselben nicht eine Lehrzeit zurückgelegt haben.

Ferner folgen einige schiedsgerichtliche Bestimmungen; im übrigen behält der Tarif in seiner früheren Fassung Geltung.

Im Anschluß an diese Berichte aus *Deutschland* und *Norwegen* bringt die neue No. des »Bulletin« einen Bericht aus *Oesterreich* über die Tariffbewegung im Wiener Steindruckgewerbe, deren Ausgang wir bereits in der »Gr. Pr.« No. 19, Seite 162 behandelten, eine Notiz aus *Schweden* über den dortigen Generalstreik, über den wir ebenfalls fortlaufend berichtet haben, und einen Bericht aus der *Schweiz* über den Abschluß des Chemigraphentarifs, den wir schon in der »Gr. Pr.« Nr. 17, Seite 150 ausführlich besprochen. Aus diesem Grunde erübrigt sich der Abdruck der betreffenden Artikel des »Bulletin«. Die Redaktion d. »Gr. Pr.«



Der Lithograph.

Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner und Maler.
Redigiert von Fr. Schnetter, Hannover.

Die Lithographen und die Ca' canny-Politik.

An der Hand einer Statistik über die Verhältnisse in der Autochrom- und Lichtdruckpostkartenlithographie führten wir in No. 36 der »Graph. Presse« vor, wie gut es unsre Unternehmer besonders in den letzten Jahren verstanden haben, die Arbeitsleistung der Lithographen fortgesetzt zu steigern. Und im Anschlusse hieran wiesen wir darauf hin, daß trotz dieser unerhörten Verstärkung der Ausbeutung das Organ des Schutzverbandes deutscher Steindruckereibesitzer noch die Unverfrohenheit hat, im Chorus mit andern schlimmen Ausbeuterblättern über eine angebliche Leistungsverminderung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu zetern.

Das Unternehmertum glaubt eben ein Recht auf schrankenlose Ausbeutung zu haben. Es gerät daher in sinnlose Wut schon bei dem Gedanken, daß es den Arbeitern vielleicht einfallen könnte, sich durch *passive Resistenz* der schrankenlosen Ausbeutung zu widersetzen. Das Unternehmertum sieht in jedem Arbeiter, der seine Arbeitskraft nicht nach Willkür vermutzen lassen will, schon einen großen Faulenzer!

Karl Marx sagt im Kapital: »Das Kapital fragt nicht nach der Lebensdauer der Arbeitskraft. Was es interessiert, ist einzig und allein das Maximum der Arbeitskraft, das in einem Tage flüssig gemacht werden kann. Es erreicht dieses Ziel durch Verkürzung der Dauer der Arbeitskraft, wie ein habgieriger Landwirt gesteigerten Bodenertrag durch Beraubung der Bodenfruchtbarkeit erreicht.«

Widersetzen sich die Arbeiter diesen Gelüsten der Unternehmer, Raubbau an der Arbeitskraft zu treiben, so handeln sie in ihrem guten Rechte, sie hintertreiben damit nur eine frivole Verletzung des abgeschlossenen Arbeitsvertrags. Der Arbeitsvertrag räumt dem Unternehmer keine uneingeschränkten Ausbeutungsrechte ein und zwar schon aus physischen Gründen. In Marxens Vortrag über Lohn, Preis und Profit, gehalten im Generalrat der Internationale am 26. Juni 1865, heißt es darüber ganz richtig: »Indem der Arbeiter seine Arbeitskraft verkauft — und er muß dies unter dem heutigen Systeme tun — überläßt er den Verbrauch dieser Kraft dem Kapitalisten; jedoch im Bereich gewisser vernünftiger Grenzen. Er verkauft seine Arbeitskraft, um sie, abgesehen von ihrer natürlichen Abnutzung, zu erhalten, aber nicht um sie zu zerstören. Beim Verkauf seiner Arbeitskraft zu ihrem täglichen oder wöchentlichen Werte ist es stillschweigende Ueber-einkunft, daß diese Arbeitskraft nicht in einem Tage oder einer Woche einer Vernichtung oder Abnutzung von zwei Tagen oder von zwei Wochen unterworfen wird.«

So steht es also mit dem sogenannten uneingeschränkten Ausbeuterrecht des Unternehmers. Schon dieser Hinweis auf die allgemein üblichen Ver-

*) Siehe auch »Gr. Pr.« 1908, No. 28, Seite 235.

und Kaiser. Aber auch zwei Mitglieder unseres Verbandes, Felix Schuster, B.-No. 17263, und ein Zugereister Reinhold Berner, B.-No. 20483, brachten es über sich, ihren kämpfenden Kollegen in den Rücken zu fallen. Und um das Quintett voll zu machen, leistete der Obermaschinenmeister Karl Schindler die Arbeit der Ausständigen. Gegen die drei letzten wurde beim Hauptvorstand der Ausschluß nach § 9 c des Statuts beantragt.

Zu der ganzen Angelegenheit nahm eine Versammlung der Leipziger Steindruck-Verwaltung. — Es ist verständlich, wenn in Erbitterung über die ganzen Erwerbsverhältnisse, in Erbitterung über das Joch, in das uns ein nimmersatter Kapitalismus pressen will, manches bittere Wort über den getroffenen Abschluß gesagt wurde. Weit über das Ziel geschossen aber die Kollegen, die ihren Treuhändern Worte an die Köpfe warfen, die unter Männern von der Qualität der Leipziger Kollegen nicht fallen sollten.

Die Kollegen haben es ganz in eignen Händen, daß das vereinbarte auch gehalten wird. Geschicht dieses, dann ist eine Verschlechterung unserer Position abgewehrt worden und wir haben bei steigender Konjunktur, dann etwas weniger Arbeit zu verrichten.

Die Verwaltung der Mitgliedschaft Leipzig.

Zum Streik bei Eschbach & Schäfer.

In der Regel soll man bei Zwistigkeiten, zumal wenn diese beigelegt erscheinen, nicht durch Aufwachen Oel ins Feuer gießen. Der Verlauf unserer letzten Versammlung der Sektion I zwingt mich, das Gegenteil zu tun. Allen Kollegen, die sich nicht glatt der Ueberzeugung unserer Leipziger Verwaltung anschließen konnten, daß der Hauptvorstand in der kuriosen Beilegung der Differenzen bei Eschbach & Schäfer richtig gehandelt hat, wurde der Vorwurf trauriger Disziplinlosigkeit gemacht. Wenn der Kollege Risch die ganze Abwicklung ebenso aufmerksam von A bis Z, wie ich verfolgte, müßte er unbedingt zugeben, daß diese zum Ausdruck gebrachte Erbitterung sehr erklärlich ist. Alle angeführten Gründe, warum der Hauptvorstand so verblüffend gehandelt, sind nicht stichhaltig. Unsere ganze Situation hatte sich nicht um einen Deut nach dem Streik geändert. Es ist eine starke Zumutung seitens der Verwaltung an die Sanftmut der Kollegen, wenn sie die Konsequenzen ihrer unkorrekten und verfehlten, überhasteten Handlungsweise nun nicht tragen will. Kollegen, auch unser Verwaltungsapparat kann Fehler machen, das ist menschlich klar. Aber daß bei diesen offensichtlichen Tatsachen versucht wird, alles in größter Ordnung hinzustellen, ist ein noch größerer Fehler: Die Verwaltung verscherzt sich dadurch das Vertrauen ihrer Mitglieder, die Kollegen werden unsicher in der Gewerkschaftsbewegung. Kann man noch begeistertes Interesse an einer Aktion haben, wenn innerhalb einer Woche das Richtige nachher als das Unnütze hingestellt wird? Das zermüht jedes aufrichtige Kampfgefühl, jede Opferfreudigkeit und jedes Interesse am Verbandsleben. Es ist beschämend, was hier von der Disziplin der Kollegen verlangt wurde. Diese Sache so übers Knie zu brechen und in der Form so zu bremsen, hätte ich von den Vertretern des Hauptvorstandes nicht erwartet. Dies zur Berücksichtigung an unsere Verbandsfunktionäre und zur Erläuterung und zum Beweis für die Kollegen, daß eine gerechte Beurteilung auch einer heiklen Sache niemals schaden, sondern nützen muß. Zur Ehre einer solchen einmütigen Arbeitsniederlegung der Kollegen bei Eschbach sei es gesagt.

O. Sch.

Eine angenehme Stellung!

Was mancher unserer Unternehmer unter einer äußerst angenehmen Stellung versteht, davon mag folgendes Schreiben der Firma William Prym in Stolberg (Rheinl.) Zeugnis geben:

Wir beziehen uns auf Ihre Annonce im Allgemeinen Anzeiger für Druckereien und teilen Ihnen mit, daß bei uns die Stelle eines Steindruck-Maschinenmeisters frei ist und stellen wir es Ihnen anheim, sich darum zu bewerben.

Zu Ihrer Orientierung teilen wir Ihnen mit, daß unsere Druckerei eine sogenannte Fabrikdruckerei ist und werden unsere sämtlichen Arbeiter — 1600 — pro Stunde bezahlt, also kein Wochenlohn.

Ueberstunden, die Sie verpflichtet wären zu machen, werden nicht, wie in andern Druckereien, mit einem prozentualen Aufschlag bezahlt, sondern wie gewöhnliche Arbeitsstunden, ebenso werden gesetzliche Feiertage nicht vergütet, sondern nur die effektive Arbeitszeit.

Diese ist im Sommerhalbjahr von 6—12 und von 1—6 und im Winterhalbjahr von 7—12 und von 1—7 mit den nötigen ½ stündigen Pausen am Vorm und Nachn ittag.

An Stundenlohn würden sie im ersten Halbjahr 40 Pf., im zweiten Halbjahr 45 Pf. und nach einem Jahre 47 ½ Pf. erhalten.

Ebenso wären sie auch verpflichtet — wenn notwendig — Nachtschicht zu machen und werden dann 15 Proz Lohnzuschlag ausbezahlt. Die Nachtschicht ginge dann im Sommer von 6 abends bis 6 Uhr morgens und im Winter von 7 Uhr abends bis 7 Uhr morgens. Immer eine um die andere Woche.

Die Stelle ist äußerst angenehm und bei zufriedenstellenden Leistungen vollkommen dauernd. Ein Stamm uneres-Druckerei-Personals ist schon lange Jahre bei uns.

Ihr veranlagtes Reisegeld würden Sie nach halbjähriger Tätigkeit zurückvergütet bekommen.

Da wir noch mit verschiedenen Reflektanten in Verbindung stehen, wollen Sie sich bald entscheiden und uns definitive Nachricht zukommen lassen, bis wann Sie bestimmt eintreten könnten, ebenso wollen Sie uns auch darüber Mitteilung machen, wie alt Sie sind, ob verheiratet, wo und wie lange Sie in letzter Stellung gearbeitet haben.

Eventuell Zeugnis des letzten Prinzipals erbeten.

Achtungsvoll William Prym.

Erscheint auch jedes Kommentar hierzu überflüssig, so wollen wir doch bemerken, daß andere Verhältnisse in diesem Betrieb wären, wenn die Kollegen von dort unserer Organisation angehörten. Dann hätten derartige tiefertraurige Verhältnisse längst aufgehört zu bestehen und die Firma könnte nicht mehr mit solchen Angeboten unsere Kollegen belästigen.

H. N.



Teil für die Interessen der Chemigraphen, Reproduktionsphotographen, Lichtdrucker, Kupferstecher u.-Drucker.

Wie Tarife gehalten werden!

(Zur Lichtdrucker-Tariffrage.)

Gesetze sind dazu da, daß sie umgangen werden, hört man häufig sagen. Wenn aber etwas umgangen wird, so sind es Tarife, die besonders von manchen »tarifreuen« Unternehmern fast ständig umgangen werden. Nicht nur, daß billige Lithographen stets und ständig dazu verwendet werden, Retuscheure zu ersetzen, die man als zu teure Kräfte meidet, auch die §§ des Tarifs werden nicht immer befolgt. So war es kürzlich wieder in der bekannten Lichtdruckerei von Schlick & Schmidt in Saalfeld, die auch in Lithographie, Stein- und Buchdruck macht.

Wegen Arbeitsmangel mußten die Lichtdrucker gerade an St. Sedan »feiern«, d. h. sie durften nicht arbeiten. Am Sonnabend darauf fehlte »St. Sedan« in der Lohnbüchse, die nur alle vierzehn Tage ausgehängt wird.

Nun sagt der § 2, Abs. 5 über Arbeitslohn: »Das Auszahlen des Arbeitslohnes geschieht wöchentlich usw. Aber der Arbeiter denkt und der Kapitalist lenkt! In vierzehn Tagen trägt das »Kapitälchen« doch mehr Zinsen als in acht Tagen, und der Arbeiter kann sich ja Abschlagszahlung geben lassen.

Ferner lautet der § 4 »Feiertage« gleich im Absatz 1: »Ein Abzug für landesgesetzliche sowie behördlicherseits oder vom Geschäft angeordnete Feiertage darf nicht stattfinden. Abs. 2: Die Feststellung der Tariffeiertage bleibt in Zweifelsfällen einer lokalen beiderseitigen Kommission und für den Fall der Nichteinigung dem Tarifausschuß überlassen.«

Nun, »Zweifelsfälle« gibt es bei Schlick & Schmidt gar nicht; denn sonst würde die Firma nicht gerade an St. Sedan »Arbeitsmangel« haben, und da nur für einen Teil der Arbeiter! —

Die Lithographen, die am Sonnabend an St. Sedan in größerer Anzahl wieder wegen »Arbeitsmangel« gekündigt wurden, haben ebenso wie die Buchdrucker und ein Teil der Steindrucker an St. Sedan arbeiten dürfen, nur die Lichtdrucker und ein Teil der Steindrucker nicht; denn für sie waren keine — Mädchen da. — Wahrscheinlich waren sie alle unter die »Festjungfrauen« zum St. Sedan-Festzug gegangen — oder auch nur, um ihre Bratwurst zu verzehren, auf die »Friedenshöhe«?! —

Also, was den Lithographen, Buchdruckern, Buchbindern und einem Teil der Steindrucker »gestattet« war, an St. Sedan arbeiten zu dürfen, mußte man auch den Lichtdruckern gestatten.

Ist wirklicher Arbeitsmangel vorhanden, so kann man ja die tägliche Arbeitszeit verkürzen, aber das will man nicht — weil es die Arbeiter wollten (schon im vorigen Jahre!) — und man will auch den Schein des vollen Betriebes stets nach außen wahren; kündigt also, läßt aussetzen und »feiern«, trotz Tarifs, auch ohne Bezahlung.

S.

Aus den Sektionen.

Berlin. (Chemigr.) In der Monatsversammlung vom 2. September hielt Arbeitsekretär Genosse Ad. Ritter einen Vortrag über: »Die Bedeutung des Genossenschaftswesens für den Arbeiter.« Er schilderte in großen Zügen, wie die Genossenschaftsbewegung als dritte im Bunde sich der Gewerkschafts- und politischen Bewegung angeschlossen hat. An der Arbeiterschaft, die im politischen sowie im gewerkschaftlichen Leben großes gezeitigt hat, liegt es, sich dieses dritte Gebiet als Genossenschaftler zu erobern. Erst dann wird es möglich sein, eine vollständige Befreiung der Arbeiterschaft im wirtschaftlichen und politischen Leben zu erreichen. Lassalle und Marx haben bereits den Gedanken der Produktiv- und Konsumgenossenschaft zum Ausdruck gebracht; es sei eine Waffe im Befreiungskampf des Proletariats. Redner weist auf England, das Mutterland der Genossenschaftsbewegung hin, wo aus kleinen, armseligen Anfängen

Gewaltiges erreicht worden sei. Der Zweck der Konsumgenossenschaft sei, den Zwischenhändler auszuschalten, sodaß dessen Verdienst der breiten Masse zu gute komme. Des weiteren hätten wir als Konsumenten keine Ursache den Kleinhändler zu unterstützen, der im politischen Kampfe unser Gegner ist. Am Schlusse seiner Ausführungen richtete Redner einen warmen Appell an die Kollegen, sich der Genossenschaftsbewegung ebenso anzunehmen, wie bisher der Gewerkschafts- und politischen Bewegung. Reicher Beifall lohnte den Referenten. Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referats, mit der Aufforderung, der Konsumgenossenschaft von Berlin und Umgegend beizutreten. Nachdem der Bericht des Arbeitsnachweises und das Geschäftliche entgegengenommen war, beschäftigte sich die Versammlung in eingehender Weise mit den letzten Vorkommnissen in unserem Tarife. Vom Vorstand wurde der Bericht der letzten Chemigraphen-Konferenz hier selbst gegeben. Bedauert wurde, daß die Berliner Verwaltung erst durch den Bericht in der »Gr. Pr.« von der Angelegenheit Kenntnis erhielt, wie sie sich in München erledigt hat, nachdem in dieser Sache jeden Tag auf Bescheid gewartet wurde. Die Versammlung erklärte sich mit den Beschlüssen der Konferenz voll und ganz einverstanden. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: »Die Chemigraphen Berlins nehmen mit Bedauern Kenntnis von dem Vorgehen einiger Münchener Prinzipale gegen unseren Tarif und sind mit ihren Vertretern auf der Konferenz darin einig, daß der Tarif ein einheitliches Ganzes ist; sie weisen alle Sonder- und Einzelabmachungen auf das Entschiedenste zurück. Sie beauftragen deshalb die Verwaltung, wenn es die Situation erheischt, eventl. die schärfsten Mittel anzuwenden, um den festgelegten Bestimmungen unseres Tarifes Geltung zu verschaffen.« — Eine von allen Chemigraphen und Kupferdruckern besuchte Geschäftsbesprechung, der in der Firma Meißenbach, Riffarth & Co. tätigen Kollegen, nahm nach einem Referat des Vorsitzenden einstimmig folgende Resolution an: »Die von allen Chemigraphen und Kupferdruckern besuchte Geschäftsversammlung der Firma Meißenbach, Riffarth & Co., erklärt sich mit den Münchener und Leipziger Kollegen vollkommen solidarisch in der Aufrechterhaltung des Tarifs und seiner Nebenbestimmungen. Die Kollegen schließen sich ferner den Beschlüssen der Konferenz an und sind bereit, wenn notwendig, die sich eventl. ergebenden Konsequenzen einmütig zu tragen.« Damit ist für Berlin die Angelegenheit geklärt und die Organisation gewappnet.



Teil für die Interessen der Porträt-Photographen.

Unsere Dresdener Konferenz.

V.

Die Sonntagsruhe im photographischen Beruf.

Ueber diesen Tagesordnungspunkt der Konferenz referierte Kollege Hänlein. Er erinnerte zunächst an die Verhandlungen, die über die gleiche Frage auf dem letzten Photographengehilfentag am 7. und 8. Juni 1908 in Berlin geführt worden sind. Dort wurde folgende Resolution, in der die Stellungnahme der Photographengehilfen zur Sonntagsruhe präzisiert wurde, einstimmig angenommen.

»Infolge der Tatsache, daß die landesgesetzlichen Bestimmungen und ortspolizeilichen Verfügungen bezüglich der Sonntagsruhe eineistels überhaupt nicht innegehalten, andernteils aber durch scheinbare Teilhaberschaft umgangen werden, und in der Erwägung dessen, daß in einer ganzen Reihe von Städten die obligatorische 2 Uhr-Sonntagsruhe auch der Ateliers schon eingeführt ist, fordern wir einen reichsgesetzlichen 12 Uhr-Schluß nicht nur der Gehilfenarbeit, sondern der photographischen Ateliers überhaupt, und verpflichten uns, mit allem Nachdruck bei den gesetzgebenden Körperschaften für denselben zu wirken, damit die Unsicherheit in der Einhaltung der jetzt so verschiedenen Vorschriften, sowie die große Zahl der Uebertretungen beseitigt wird.«

Nach der Verlesung dieser Resolution führte Kollege Hänlein etwa folgendes aus: Es handelt sich nun darum, erneut zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Es muß festgestellt werden, ob in der Durchführung der Sonntagsruhe Fortschritte gemacht worden sind oder nicht. Wir müssen untersuchen, wie sich die Behörden und Instanzen zu dieser Angelegenheit gestellt haben. Sodann müssen wir festlegen, was weiter zur Förderung der Sache geschehen soll.

Dazu wird in erster Linie die Sammlung von gutem und zuverlässigem Material gehören. Die Beschaffung wird uns jetzt im Senefelderbund leichter möglich sein wie früher in unserem kleinen Verband. Das Material, das von den Ortsverwaltungen eingesandt wird, müßte gesichtet und verarbeitet werden, damit dann auf Grund dieses Materials an die Regierung mit entsprechenden Petitionen herantreten werden kann.

Jedenfalls muß festgestellt werden, daß die bestehenden Bestimmungen über die Sonntagsruhe in den einzelnen Städten grundverschieden sind. Ebenso ist die Sonntagsruhe in den einzelnen Jahreszeiten meist verschieden. Auch in den einzelnen Orten

besteht oft die größte Mannigfaltigkeit in der Durchführung der Sonntagsruhe. Gerade diese Tatsachen bieten die Grundlage zu den unzähligen Umgehungen und Uebertretungen.

Die gebräuchlichsten dieser Umgehungen dürfte darin bestehen, daß in den Orten, in denen zwar die Gehilfenarbeit, nicht aber die Oeffnung der Ateliers überhaupt eingeschränkt worden ist, ein Gehilfe als Geschäftsführer mit einem Anteil am Reingewinn engagiert wird. Der Besitzer des Ateliers weiß es schon durch entsprechende Normierung des Lohnes usw. so einzurichten, daß ihm dieser Geschäftsführer nicht zu teuer wird. Dieser gilt aber infolge des Anteils am Reingewinn, auch wenn der Betrag so niedrig ist, daß er kaum ins Gewicht fällt, als Teilhaber, dessen Tätigkeit im Atelier nicht den Beschränkungen der Gehilfenarbeit unterliegt, und der daher durch den Chef ausgenutzt werden kann nach Herzenslust.

Kopierer und Retuscheure, die Sonntags überhaupt nicht arbeiten sollen, werden ebenfalls zur Umgehung der Sonntagsruhe-Bestimmungen gleichzeitig als Assistent des Operateurs engagiert, der in den für die Sonntagsarbeit freigegebenen Stunden nur die Aufnahmen machen soll. Wenn aber niemand da ist, der sich aufnehmen lassen will, wird oft sogar der Operateur selbst als auch sein Assistent, letzterer sogar oft während der ganzen Zeit, in der Aufnahmen gemacht werden, mit Retuscheurarbeiten usw. beschäftigt.

Die wirksamste Durchführung der Sonntagsruhe besteht daher nur in der vollständigen Schließung der Ateliers. Dann sind Uebertretungen viel schwerer möglich. Aber an diese vollständige Schließung wird in absehbarer Zeit nicht zu denken sein. Mit dieser Tatsache müssen wir uns abfinden und wenigstens auf Grund der bereits bestehenden Bestimmungen, deren Erweiterung und Vereinheitlichung wir anzustreben haben, die Einhaltung und Durchführung der Sonntagsruhe kontrollieren. Das ist allerdings sehr schwer, aber daß es nicht unmöglich ist und daß man durch diese Kontrolle die Einhaltung der Sonntagsruhe erzwingen kann, sehen wir in solchen Orten, wo sich die Kollegen selbst die Kontrollierung der Anstalten angelegen sein ließen. In verschiedenen Städten hat man es dadurch tatsächlich erreicht, daß die Sonntagsruhe-Bestimmungen eingehalten werden.

Aber auch die Behörden müssen zu einer schärferen Kontrolle veranlaßt werden. Dazu brauchen wir aber ebenfalls wieder Material, das wir dann zur Durchdrückung unserer Forderungen nach gewissenhafter Durchführung, sowie nach Erweiterung und Vereinheitlichung der Sonntagsruhe-Bestimmungen ausnutzen können. Daher möge die Konferenz den Hauptvorstand ersuchen, bei den statistischen Erhebungen, die er veranstaltet, auch diese Angelegenheiten mit zu berücksichtigen. Dadurch können wir gute Unterlagen gewinnen zu einer erfolgreichen Tätigkeit gegen die ausgedehnte Sonntagsarbeit, wie sie leider heute noch in den meisten Orten besteht.

Soweit das Referat. In der Diskussion wurde im wesentlichen den Vorschlägen des Kollegen Hänlein zugestimmt. Nur wurde bezweifelt, daß es gut sei, für eine vollständige Beseitigung der Sonntagsarbeit einzutreten. Dadurch würde es vielen, die nur Sonntags zum Fotografieren gehen können, überhaupt unmöglich gemacht, sich fotografieren zu lassen und die Arbeitsgelegenheit im Gewerbe würde zurückgehen. Für die weitgehendste Beschränkung der Sonntagsarbeit und schärfste Kontrollierung der Geschäfte traten aber alle Diskussionsredner ein, von denen einige interessante Angaben über die Bemühungen zur Erweiterung der Sonntagsruhe in ihren Orten machten. Das Ergebnis der Aussprache war die einstimmige Annahme folgender Resolution:

Die Konferenz fordert von der Reichsregierung gesetzliche Maßnahmen zur Einschränkung der Sonntagsarbeit im Photographiegewerbe. Auf keinen Fall dürfen photographische Ateliers länger als von 10 bis 1 Uhr geöffnet sein. Während dieser Zeit darf nur die Beschäftigung von Personen, die zur Aufnahme nötig sind, gestattet werden. Die Mitgliedschaften haben je nach den örtlichen Verhältnissen eine weitergehende Einschränkung anzustreben.

Die Tapetenbranche.

Stimmungsbilder von der Agitation.

Am 21. August wurde in der Filiale Hannover die Agitation unter den Formstechern durch Kollegen Brinkmann eröffnet. Der Referent schickte zu dem bekannten Thema voraus, daß hiermit eine Frage erörtert werde, die schon jeder Kollege einmal gehört und deren Einfluß mancher am eigenen Leibe verspürt hat. Dies den Kollegen vor Augen zu führen, war dem Referenten um so leichter, als er doch nur die letztvergangene Zeit ins Gedächtnis zurückzurufen brauchte, um so an der Hand von Beispielen zu zeigen, daß ohne Organisation unsere Lage noch viel schlechter sein würde. Man könnte eigentlich, meinte der Redner, mit ein paar Worten den Kollegen zuzurufen, erhebt ihr Anspruch darauf, ein guter Familienvater zu sein oder zu werden, so dürft ihr keinen Augenblick zögern, euch unserm Verband anzuschließen! Denn unser Verband ge-

währt nicht nur 180 Mk. an Reise-, Umzug-, Arbeitslosenunterstützung, sondern auch für ein ganzes Jahr Krankenunterstützung in der Höhe von 12 Mk. wöchentlich, ganz abgesehen von der Invaliden- und Witwenunterstützung, die doch manche Familie vor der größten Not schützt. Allgemein waren die Diskussionsredner mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Doch nahm man in erster Linie Anstoß an dem hohen Beitrag, der namentlich für die Drucker, die mit wenigen Ausnahmen nicht über 26 Mk. verdienen, zu hoch sei. Diesem entgegenzutreten war dem Referenten nicht schwer. Wenn auch nicht verkannt werden soll, daß es bei einem Lohn, der häufig bis auf 17 Mk. herunter geht, nicht leicht ist, den Beitrag zu zahlen, so dürfe man nicht aus den Augen lassen, daß durch den Zusammenschluß aller Berufskollegen, der Lohn die beste Aussicht hat, zu steigen. Daß beweisen uns viele andere Berufe, die durch ihre gute Organisation die Lebenslage beträchtlich gehoben haben und dadurch den erhöhten Beitrag viel leichter zahlen können. Auch könne man ja die Frage aufwerfen, warum dann die Kollegen nicht den Fabrikarbeiterverband angehörten, der doch nur 40 Pf. wöchentlichen Beitrag nehme? Einige Kollegen haben in der Weise immerhin ihre Pflicht getan. Dennoch muß in Betracht gezogen werden, daß ihre Interessen zweifellos in unserm Verband besser gewahrt werden, da wir doch durch die Verschmelzung viel leichter in der Lage sind, unsere engeren Berufsfragen gemeinsam zu regeln.

Gehen wir nun die Versammlungen der Filialen der Reihe nach durch, so finden wir an erster Stelle die Filiale Hannover, die trotz eifriger Propaganda nicht zum besten besucht war. Waren auch die Formstecher vollständig erschienen, so fehlten doch bis auf 9 Kollegen alle Drucker der Wachstumfabrik, die 70 Beschäftigte hat. Es soll dennoch ein kurz gehaltenes Flugblatt, welches nochmals die Unterstützungssätze des Verbandes bespricht, jedem Kollegen persönlich ausgehändigt werden. Die Formstecher sind bis auf den letzten Mann organisiert.

Ein noch schlimmeres Bild bot sich in Nordhausen. Von den 21 Formstechern gehören 6 unserm Verband nicht an. Dagegen gehören von den 17 Druckern 5 dem Fabrikarbeiterverband an. Die Versammlung war nur von Formstechern besucht.

Da Mühlhausen nicht allzuweit von Nordhausen liegt, entschloß ich mich, der Firma Mehler einen kleinen Besuch abzustatten, um so persönlich die Verhältnisse in Augenschein zu nehmen. Die Firma M. beschäftigt 1 Meister, 3 Gehilfen und mit ihrer Heyroder Filiale 9 Lehrlinge. Ein Gehilfe, der unserm Verband angehört, bekommt an Lohn 29,10 Mk., die zwei anderen Kollegen gehören dem Metallarbeiterverband an und erhalten 18 resp. 21 Mk. Mit der Heyroder Filiale scheint M. selbst nicht zufrieden zu sein. Bei 4 Mk. Kostgeld im ersten Lehrjahr steigend von Jahr zu Jahr um 1 Mk. konnte M. keine Lehrlinge bekommen.

Im Gegensatz zu den oben angeführten Versammlungen erfreute sich die in Einbeck eines sehr guten Besuches. Die Formstecher waren vollzählig erschienen, auch von 19 Druckern waren 13 anwesend. Hiervon gehörten 4 dem Fabrikarbeiterverband an, 2 ließen sich bei uns aufnehmen. Die übrigen versprachen ohne Ausnahme auch zu uns überzutreten, wenn unser Verband einen Staffelpreis einführt, der ihnen auch dann die Möglichkeit gibt, den Beitrag zahlen zu können. In allem war die Versammlung prächtig verlaufen.

Von Einbeck nach Frieda. fand auch hier keine Versammlung statt, so war es mir doch möglich, mit allen 16 dort beschäftigten Wachstumdruckern zu sprechen. Von diesen gehören unserm Verband sechs an. Die übrig bleibenden zehn, die bereits früher unserem Verband angehört haben, können wohl wieder zurück ererbt werden, wenn die dortigen Kollegen durch ihren persönlichen Verkehr das Vertrauen beiderseitig befestigen. Die Drucker verdienen 20 bis 25 Mk. und erfreuen sich im allgemeinen einer guten Behandlung.

Die am 27. August in Braunschweig abgehaltene Versammlung war nicht gut besucht. Die Firma Sigmund beschäftigt 27 Formstecher, davon gehören zu uns sieben. Bei der Firma Kellner sind vier, bei Habich einer beschäftigt. Außer den sieben Organisierten waren noch fünf Unorganisierte erschienen. Diese traten dann auch unserm Verband bei. Daß die Lohnverhältnisse bei Sigmund die denkbar schlechtesten sind, braucht wohl an dieser Stelle nicht extra hervorgehoben werden.

Zu der am 28. August in Hildesheim stattgefundenen Versammlung waren sämtliche Tapetendrucker von der Firma Peine per Post eingeladen. Doch hatten nur zwei der Einladung Folge geleistet. Wie schwer es hält, an die Drucker heranzukommen, konnte man aus dem Munde der beiden Erschienenen vernehmen. Viele Drucker leben noch in dem Wahn, Lebensstellung zu haben. Auch das scharfe Vorgehen gegen Organisierte von Seiten der Firma Peine, die Entziehung der bekannten Wohlfahrtseinrichtungen, das alles macht es schwer, dort festen Fuß zu fassen, auch ist nicht außer Betracht zu lassen, daß bei einem Lohn von 15 Mk. an es sehr schwer hält, den Beitrag zu zahlen.

Von Wichtigkeit ist noch, daß am 15. August die Formstechereibesitzer in Berlin eine Zusammenkunft gehabt haben (mit der Tagesordnung: Die kommende Lohnbewegung der Gehilfen.)

Brinkmann.

Aus der Werkstätte des Formstechers.

Daß auch die Formstecher einmal der Erholung bedürftig sind, darüber dürfte bei der heutigen intensiven Arbeitsweise ein Zweifel kaum möglich sein. Doch bei der notorisch niedrigen Entlohnung der Formstecher käme eine längere Erholung nur darauf hinaus, den Hungerriemen enger zu ziehen. Um derartige Folgen scheint sich aber die Firma Jäck-Berlin, keine Gedanken zu machen. Sie ließ ruhig ihre sämtlichen Formstecher diesen Sommer spazieren gehen; die Verheirateten 4 Wochen, die Ledigen 5 Wochen. Außerdem durften sie noch verkürzte Zeit arbeiten. Und das, trotzdem Arbeit vorhanden war. Freilich, die sollte ja nicht eilig sein, während zu andern Zeiten das Wort eilig fast immer auf der Tagesordnung steht. Da es nicht ausgeschlossen ist, daß im Laufe der Saison obige Firma wieder Stecher suchen wird, können wir nur raten, daß sich möglichst nur solche dort um Stellung bemühen, die die Formstecherei als Nebenbeschäftigung betreiben.

Aus den Sektionen.

Berlin. Am 28. August nahm unsere regelmäßige Monatsversammlung die Ersatzwahl eines Verwaltungsmitgliedes und eines Revisoren vor. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten hielt Kollege Kurt Heinig einen Vortrag über das Thema: 'Aus der Werkstätte des Kapitalismus.' Redner schilderte die enorme Machtenfaltung der in Syndikaten, Trusts usw. vereinigten Kapitalisten und das Erstarken der Unternehmungskampfgesellschaften. Aber auch diese bedeutende Macht darf uns nicht dahin bringen, kleinmütig zu werden. Sie muß uns veranlassen, auf allen Gebieten des politischen und wirtschaftlichen Lebens die Arbeiterorganisationen zu stärken. Wenn wir uns gewerkschaftlich, politisch und genossenschaftlich organisieren, dann muß uns der Sieg werden. Die fesselnden Ausführungen fanden lebhaften Beifall. Zum Schluß fanden noch einige Geschäftsangelegenheiten ihre Erledigung.

Bramsche. Durch die außergewöhnlich niedrigen Löhne im Vergleich zu andern Betrieben und wegen der enorm verteuerten Lebensmittel sahen sich die Tapetendrucker und Hilfsarbeiter der hiesigen Tapetenfabrik veranlaßt, um Aufbesserung ihres Lohnes und Abstellung sonstiger Uebelstände vorstellig zu werden. Zu diesem Zwecke wurde von den in Betracht kommenden Gauleitern des Fabrikarbeiterverbandes und des Senefelder-Bundes am 31. August eine diesbezügliche Forderung eingereicht. Diesem Schreiben an die Firma war der Wunsch beigegeben, eine Antwort bis zum 6. September an die Gauleiter oder an den Fabrikausschuß gelangen zu lassen. Als nun bis zu diesem Termin keine Nachricht eintraf, begaben sich beide Gauleiter am 7. September zur persönlichen Unterhandlung zu den Firmeneinhabern. Doch auch dieser Versuch blieb ohne Erfolg. Hierdurch verhandelte der Fabrikausschuß mit der Firma. Eine Lohnaufbesserung im Sinne der Forderungen wollte die Firma um keinen Preis bewilligen. Sie sollten in alter Weise erfolgen wie bisher. Die Mißstände aber sollten nach näherer Prüfung abgeschafft werden. Am Abend des 7. September wurde eine Fabrikversammlung abgehalten, die den Bericht über die Verhandlungen entgegennahm. Die Versammelten erklärten darauf, an den gestellten Forderungen festzuhalten und beauftragten den Arbeiterausschuß, in diesem Sinne nochmals vorstellig zu werden. Falls aber die Firma noch auf dem Standpunkt beharren sollte, wollten die Versammelten unbedingt die Kündigung einreichen. Dies geschah denn auch, nachdem die nochmalige Verhandlung wiederum ergebnislos verlief. Nach Einreichung der Kündigung der Tapetendrucker und Hilfsarbeiter, kündigte die Firma auch alle Formstecher. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Hildesheim. Wie fast in jedem Jahre müssen die Formstecher am Orte auch dieses Jahr aussetzen. Nur mit dem Unterschied, daß es früher eine Werkstelle war, in diesem Jahre aber drei. Eigentümlich berührt es daher, wenn in einer Zeit, wo alle Formstecher unfreiwillig spazieren gehen müssen, die Firma Friedr. Schreier Lehrlinge in der hiesigen bürgerlichen Zeitung sucht. Wenn man bedenkt, daß die Lehrlinge im letzten Sommer Holz hacken oder auch Jauchkühlen leeren mußten, so kann auch dieses Verhalten der Firma Friedr. Schreier nur mit einem Kopfschütteln aufgenommen werden. Die Gehilfen gehen spazieren und die Firma sucht Lehrlinge, wo ein Lehrling den andern schon im Wege steht.

Feuilleton.

Der Kunstbegriff.

Kein Begriff hat bisher so verschiedenartiger Auffassung unterlegen als derjenige des Wortes Kunst. Aus dieser Unklarheit resultiert nicht allein der ungeheure Mißbrauch, der in weitesten Kreisen mit diesem Worte getrieben wird, sondern auch zum größten Teile all' die schiefen Urteile über alles das, was mit Kunst zusammenhängt.

Während man auf der einen Seite die Kunst als die hohe unabhängige Göttin ansah, die nur wenigen

„Auserwählten“ sich offenbart, leitete man auf der anderen Seite gemeinlich Kunst von „Können“ ab. So kamen die Einen dazu, nur das als wirkliche Kunst anzusehen, was auf hohem Parnass als sogenannte „hohe Kunst“ blühte, während für die Anderen jede beliebige Technik auch schon eine Kunst war. Allein, weder ist die Kunst etwas so „Uebermenschliches“, noch ist alles das, was man „kann“, auch schon Kunst.

Wir wollen einmal versuchen, von einer anderen Seite an den Begriff heranzukommen und zu diesem Zwecke Kunst im Gegensatz zu „Wissenschaft“ betrachten.

Das Ziel der Wissenschaft ist die Wahrheit, das Ziel der Kunst die Schönheit. Am Ziele angekommen müssen aber beide in einander überfließen, denn absolute Wahrheit ist eben vollkommene Schönheit und umgekehrt. Wenn aber die Wissenschaft aus der Erkenntnisquelle der Erfahrung schöpft, so entspringt die Kunst derjenigen der Empfindung.

Wir können deshalb sagen: Schönheit ist durch die Empfindung uns wahrnehmbar gemachte Wahrheit, und Kunst, solche Schönheit zu schaffen. Mit anderen Worten: Kunst ist, die Wahrheit so darzustellen, daß man sie vermittelt der Empfindung wahrnehmen kann.

So wird jedes Kunstwerk eine Erkenntnis enthalten, die aus der Erkenntnisquelle, der Empfindung, wie der Philosoph sagt, a priori, entsprungen ist. Je näher nun diese Erkenntnis der großen ewigen Wahrheit, die auch der Wissenschaftler sucht, kommt, desto schöner, vollkommener und unvergänglicher wird auch das Kunstwerk sein.

Die Empfindung eilt der Vernunft voraus und große Künstler sind gewissermaßen die Quartiermacher der Wahrheit.

Was erst nachdem Jahrtausende verflossen Die alternde Vernunft erfand, Lag im Symbol des Schönen und des Großen Voraus geoffenbart dem kindlichen Verstand.

Schiller.

Betrachten wir Rafaels Sixtinische Madonna. Mag den Künstler was immer dazu veranlaßt haben, seine Erkenntnisquelle der Empfindung war so groß und rein, daß er uns in dieser herrlichen Schönheit auch eine große Wahrheit offenbaren mußte, nämlich jene von der ewigen Verjüngung und Erhebung des Menschengeschlechtes durch das reine Weib.

Und Goethes „Faust“. Wirken nicht auch hier die großen Wahrheiten nun als Schönheit auf unsere Empfindung und führen uns zu immer „höheren Höhen“.

Oder Meunier's Denkmal der Arbeit: Wer sollte nicht beim Anschauen dieses Meisterwerkes die große Wahrheit empfinden von der Bedeutung und Würde der Arbeit?

Und waren es nicht große gewaltige Wahrheiten, welche den Genius Beethovens im Innersten aufwühlten, bis sie in herrlichen gewaltigen Tönen hervorbrachten, so nun immer von neuem auf unsere Empfindung einwirkend?

Aber nicht nur bei den reinen Kunstwerken erkennen wir, daß Schönheit formgewordene Wahrheit ist. Auch bei der sogenannten angewandten Kunst, den kunstgewerblichen Gegenständen, und nicht zuletzt der Baukunst, ist das künstlerische, daß innere Wahrheit zum äußeren sinnfälligen Ausdruck gebracht wird.

Betrachten wir z. B. den griechischen Tempel. Welche Schönheit wird hier dadurch hervorgerufen, daß seine äußere Formgebung seiner organischen Entwicklung und seiner Bestimmung entspricht. Ja jeder einzelne Teil gibt in seiner Form die Wahrheit seiner Bestimmung wieder.

Als Goethe auf seiner italienischen Reise zum ersten Mal diese Tempel sah, ist er entzückt, wie jene Völker es verstanden haben, den ehemaligen Holzbau in Stein zu übertragen.

Besonders bei den dorischen Tempeln zeigt sich die volle Ursprünglichkeit ihrer Entstehung. Auf einer Plattform, vermittelt Stufen erreichbar, stehen

die Säulen, die Träger des darüber lastenden Daches. Noch ohne Fuß erinnern sie daran, daß ihr Vorbild jene, in die Erde gerammten Eckposten der ehemaligen Holzbauten waren. Aber die leichte Schwellung nach der Mitte zu deutet an, daß sie tragen und die senkrechte Kannelierung erweckt die Empfindung der Festigkeit.

Das die Säule abschließende Kapital zeigt uns die durch den Druck der darüber lastenden Massen auseinanderdrängende Säule, welche aber durch einen umschließenden Ring zusammengehalten wird.

Ueber den Säulen liegt, sie verbindend, der Architrav, der ehemalige Holzbalken, welcher die Eckposten des Holzbaues mit einander verband. Ueber diesen treten in gewissen Entfernungen von einander die Triglyphen heraus, ehemals die Köpfe der die Decke tragenden Balken. Unter dem „Gebälk“ ruht nun das Kranzgesims, die nach außen sichtbar werdende Endigung der Decke, und zuletzt das Ganze beschützend, das sich wundervoll ananschmiegende flache Giebeldach, das alle Säulen gleichmäßig belastet und keine umzuwerfen droht. So ist in diesen Bauwerken durch den Ausdruck der Einfachheit und Wahrhaftigkeit eine Schönheit zustande gekommen, die unvergänglich ist.

Wie heruntergekommen dagegen die Empfindung mancher modernen Architekten ist, kann man zum Beispiel an einem Geschäftshause in Berlin (Tietz) sehen, wo horizontal laufende Steinmassen ohne irgend welche Stütze frei in der Luft schweben, nur um genügend Platz für ein riesiges Auslagefenster zu schaffen. Der Techniker weiß allerdings, daß diese Massen im Innern von ungeheuren Eisenträgern gehalten werden. Aber diese kommen nicht zum äußeren Ausdruck. Durch diese Lüge in der äußeren Gestaltung wird uns das Gefühl der Unsicherheit erweckt und unser ästhetisches Empfinden beleidigt.

Noch ärger liegen die Dinge auf dem Gebiete unserer sogenannten Kleinkunst. Welche Unmenge von Sachen und Sächelchen, „Nipp Sachen“ u. dergl., die direkt der Wahrheit ins Gesicht schlagen, macht da auf den Namen „Kunstgegenstand“ Anspruch.

In einer seiner Flugschriften zum „ästhetischen Kulturhat der verdienstvolle Dürerband unter dem Titel „Hausgreuel“ eine Anzahl solcher geschmackloser lügnischer Artikel wiedergegeben, wie sie leider in den meisten Wohnungen zu finden sind. Fürwahr das ist Hausgreuel. Diese Gegenstände wollen alle etwas anderes scheinen als was sie sind. So benützt man porzellanene Schuhe als Aschebecher. Elefanten haben ein Loch im Rücken und müssen Streichhölzchen sich hineinstecken lassen und was dergl. Ansinnen mehr ist. Und doch kann jeder Gebrauchsgegenstand auch Kunstgegenstand sein, wenn er seine Bestimmung zum äußeren sinnfälligen Ausdruck bringt.

Wahrlich es wäre besser, man würde alle unsere Gebrauchsgegenstände in diesem Sinne künstlerisch gestalten und wir könnten auf all die vielen zweifelhaften „Kunstgegenstände“ verzichten. So sieht man auch hier wieder, daß die Wahrheit in der Kunst schön wirkt, die Lüge, der Irrtum aber häßlich.

So haben dann auch große Künstler, wenn sie absichtlich den Irrtum darstellten, ihn häßlich gestaltet. Es sei erinnert an die Gestalt „Richards III.“, „Franz Moor's“ und besonders „Mephisto's“ aus Goethes „Faust“. Wegen der Gestaltung des Mephisto hat übrigens Wilhelm Hauff den Dichter angegriffen. Das Böse sei durchaus nicht so häßlich, sondern zeige sich uns in sehr angenehmer verführerischer Gestalt. Wenn das auch richtig ist, so vergißt eben auch Hauff, daß es nicht die Aufgabe der Kunst sein kann, die Natur erreichen zu wollen oder ihre zufällige äußere Erscheinung zu kopieren. Vielleicht muß sie darauf bedacht sein, die innere Wahrheit, das Wesentliche zum äußeren sinnfälligen Ausdruck zu bringen. Und Mephisto's wahres Wesen ist eben das Böse, d. h. die Lüge, der Irrtum. In sinnfällige Erscheinung gebracht muß dieser aber häßlich wirken, noch dazu auf

der „Schaubühne“, wo man mit den Augen aufnehmen soll.

Aber noch ein paar andere Beispiele dafür, daß in der Kunst die Wahrheit schön, der Irrtum aber häßlich wirkt. Als der christliche Fanatismus der Verachtung alles Fleisches seine höchsten Wellen schlug, schufen die Künstler, deren reine Empfindung ebenfalls getrübt war, in ihren menschlichen Bildwerken jene häßlichen vertrockneten Knochengerüste, die „der Menschheit ganzen Jammer“ dieser Zeit so recht zum Ausdruck bringen.

Wie haben dagegen die Griechen die Wahrheit der menschlichen Natur erfäht. Sie empfanden, daß das Körperliche und das Geistige gleichmäßig entwickelt werden muß, daß beide, zusammen gehört und nur in einem gesunden Körper ein gesunder Geist wohnen kann. So schufen sie menschliche Bildwerke, die an Vollkommenheit und Schönheit bis heute noch nicht erreicht wurden.

Oder, ein anderes Beispiel, wenn die Griechen es meisterhaft verstanden hatten, den ehemaligen Holzbau ihres Tempels in Stein zu übertragen, die wahre Natur des Steins zum Ausdruck bringend, so besaßen jene Künstler der Renaissancezeit nicht diese reine Empfindung der Wahrheit, welche nun diese Steinformen in der Holzarchitektur ohne weiteres kopierten.

Wenn der obere Teil eines Schrankes oder eine Tischplatte auf freistehenden Säulen ruht, ohne beiderseitige sichtbare Verbindung, so läuft das der Natur des Holzes zuwider und man hat das Gefühl daß bei dem leinsten Stoß alles zusammenfällt. Nun sind allerdings diese Säulen oben und unten innerlich mit Zapfen befestigt, aber diese kommen nicht zum äußeren sinnfälligen Ausdruck und sollen das ja auch dem Stile nach garnicht. So beruht dieser ganze Aufbau auf einer Täuschung, einer Lüge und fein empfindende Menschen wird ein solcher Gegenstand ästhetisch nicht befriedigen.

Kunst besteht also nicht darin, irgend etwas vorzutäuschen oder in der raffinierten Vervollkommnung einer Technik, sondern darin, Wahrheit zum sinnfälligen Ausdruck zu bringen. Und wenn der Arbeiterphilosoph Josef Dietzgen sagt: „Die absolute Wahrheit läßt sich sehen, hören, riechen, fühlen“, so mögen unsre Künstler die Quelle ihrer künstlerischen Erkenntnis, ihre Empfindung, sich nicht durch Trugschlüsse des irrenden Verstandes trüben lassen. Denn je größer und reiner diese ihre Empfindung ist, je näher wird sie der absoluten Wahrheit kommen und desto schöner und unvergänglicher werden die Kunstwerke sein, die sie schaffen.

Eine Kunst, die sich zum Ziel gesetzt hat, Schönheit zu schaffen, die der Ausdruck verkörperter formgewordener Wahrheit ist, wird dann nicht mehr als überflüssiger Luxus oder Spielerei angesehen werden, sondern sie wird zum Bedürfnis des ganzen Volkes und in Wahrheit eine Erzieherin zum Schönen sein. Das schönste Sein ist aber auch das tugendhafteste und glücklichste. Die Schönheit ist die Verkörperung aller ethischen Werte, daher ihre erhebende und bildende Wirkung. So bildet denn künstlerisches Schaffen und Genießen die höchste Stufe menschlichen Seins. Es muß deshalb die vornehmste Aufgabe vom Staat und Gesellschaft sein, hierzu die Bahn frei zu machen. Nur ein ökonomisch und politisch freies Volk wird aber zu edler Kunstbetätigung gelangen. Das beweist uns die Kulturgeschichte.

Man jammert über zunehmenden Materialismus und Vernichtung aller religiösen Werte. Es gibt genügend Ersatz hierfür, wenn man nur ernstlich will. Die Schönheit dieser Welt muß uns erschlossen werden. Wir werden erstaunen über ihre Vollkommenheit und keine andere fordern. Diese Aufgabe erfüllt die Kunst.

Den religiösen Schwärmern aber möchte ich die Worte Goethes zurufen:

„Wer Wissenschaft und Kunst hat Der hat auch Religion!“ Max Menzer.

■ ■ Stellengesuche ■ ■

Positiv-Retuscheur!

Zum Uebertritt als solcher sucht Lithograph in Berlin dementsprechend Stellung. Gefl. Offerten erbeten an **Heinrich Schüller**, Lithograph, Berlin 4, Chausseestr. 101. [1,20]

Tüchtiger Aetzer

für Auto und speziell feinste Strich sucht baldigst Stellung, Nord-Deutschland bevorzugt. **A. Petersen**, Aarhus, Dänemark, Nørrebrogade 40,1.

■ ■ Stellenangebote ■ ■

Positivretuscheur,

erstklassige Maschinenkraft, in dauernde Stellung gesucht. [2,10] **Richard Labisch & Co., Berlin O. 27, Schicklerstr. 6.**

Einige Aufzeichner

und mehrere Stecher für Linoleum werden gesucht durch den **Arbeitsnachweis der Formstecher und Drucker, C. Schubart, Berlin N., Badstraße 26.**

Nach Leipzig werden gesucht:

Tücht. Dreifarbenätzer

für Oelbilder-Reproduktionen, desgl. **1 Negativretuscheur,**
1 Farbdrucker,
1 Auto-Aetzer, [4,20]
1 Kopist.

Gefl. Offerten mit Gehaltsansprüchen sind mit Bezeichnung „Reproduktion“ zu senden an **E. A. Seemann, Leipzig, Querstr.**

Farb-Aetzer,

nur 1. Kraft, in dauernde Stellung zum sofortigen Antritt gesucht. **J. G. Huch & Co., G. m. b. H., Braunschweig.** [2,40]

Einige tüchtige

Aufzeichner und Formstecher

finden Beschäftigung bei **Germania Linoleum-Werke, A.-G. Bietigheim.** [1,80]

Positiv-Retuscheur,

erste Kraft für Maschinen-Retusche, in dauernde Stellung gesucht. Offerten mit Mustern und Gehaltsansprüchen an **Brend'our, Simhart Co., Düsseldorf-Oberkassel.** [3,-]

■ ■ Verschiedenes ■ ■

Beltmassen!

Befreiung garantiert sofort. Auskunft umsonst. Alter, Geschlecht angeben! **Institut „Sanitas“, Velburg [240] (Bay).**

„Matt-Lack“.

Bestes, billigstes Farbenzusatzmittel gegen Kleben, Hart- und Blankwerden und Aufreißen der Abdrücke, Rinnen der Farbe, Spitzwerden der Zeichnung. Kein Kleben in der Prägepresse. Preis Kilo Mk. 3,50, bei 10 Kilo Mk. 3,- gegen Nachnahme. **F. Hantke, Maschinenmeister, Hamburg 22, Berthastr. 13,11.**

Die neuesten Vorlagen.

für das graphische Gewerbe stets vorrätig bei [2,10] **C. F. Schulz & Co., Plauen, Kunstgewerbe-Buchhandlung** Bitte portofrei Ansichtssendung unter Angabe des Bedarfs zu verlangen

Das beste Hilfsmittel bei Chromo-Druck ist **Chromopasta**, kg 4,50. Das beste Hilfsmittel bei Bronzedruck ist **Goldlack**, kg 5,-. Für Merkantil ist das beste **Umdruckpapier** das graufechte, Format 48:65, Buch 1,75. Zu beziehen durch **Qust. Köhler, Leipzig-Schönfeld, Dimpfelstr. 1,111** [1,20]